

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53 • 2390 Flensburg Geschäftsführer: Walter Harenberg Sprechzeit: Montag-Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher (0461) 2 6708, außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 57 06

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 2001 020  
Postgirokonto: Hamburg 11407-206

## WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

*Johannes Jensen*

Die St.-Petri-Schule in Kopenhagen 1932-1949.....102

*Artur Thomsen*

Die Königin bei der Volksgruppe.....133

*Gerd Walter*Schleswig-Holstein und Dänemark  
als europäischer Raum.....142

Umschau ab Seite 152

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben. Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.

Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte Südergraben 53, 2390 Flensburg.

Verantwortlich: Artur Thomsen, Holstengang 4, 2390 Flensburg.  
Druck: Severin GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

## Die St.-Petri-Schule in Kopenhagen 1932-1949

»... gegen derartige Schädlinge das Ausbürgerungsverfahren einzuleiten.«

*Eine deutsch-dänische Institution kämpft um ihre Identität.*

### *1. Eine Schule mit Tradition*

St.-Petri-Gemeinde und St.-Petri-Schule kann man wohl mit Recht die ältesten ununterbrochen seit 1575 bestehenden deutschen Institutionen in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen nennen. Seit über 411 Jahren haben sie ihren Beitrag zur Begegnung beider Kulturen und Sprachen und zum besseren gegenseitigen Verständnis geleistet. Für wieviele Vorfahren heute dänischer Familien sind sie einmal Eingangsschleuse in die dänische Sprache, Kultur, Gesellschaft und Nation gewesen?

Die St.-Petri-Schule, von der hier hauptsächlich gesprochen werden soll, ist am 31. März 1575 durch ein Schreiben König Friedrichs II. als Chorschule für die deutsche evangelisch-lutherische Kirchengemeinde gegründet worden mit der Aufgabe, ihre Schüler »den deutschen Kirchengesang zu lehren und jeden Sonn- und Feiertag, so oft Predigt gehalten wird, die Kirche zu besuchen und dort den Kirchengesang zu besorgen«. Später kamen andere Schulen hinzu, z. B. Ende des 18. Jahrhunderts eine Mädchenschule — das Porträt einer ihrer Stifterinnen, der Pauline Maria Tutein, zierte heute den dänischen 20-Kronenschein — und 1818 eine Realschule, zu deren ersten Schülern der nationalliberale Politiker Orla Lehmann gehörte, während sein Vater, Etatsrat Lehmann, einer ihrer Gründer war und aus reiner Freude an der Sache dort das Fach Naturgeschichte unterrichtete. Bis zur Schließung der Mädchenschule im Jahre 1935

sprach man darum stets von *den* St.-Petri-Schulen.

Die St.-Petri-Schule ist nach der »Metropolitanskole«, die früher neben der »Fruekirke« und Universität lag, die Zweitälteste Schule Kopenhagens, und seitdem auch die »Nørrevoldskole« in der unmittelbaren Nachbarschaft einer anderen Bestimmung zugeführt worden ist, ist sie heute die letzte Kinderschule in der ursprünglichen Altstadt Kopenhagens.

Um die Reihe der Superlative und Besonderheiten voll zu machen: Der jetzige Bundespräsident, Richard von Weizsäcker, dessen drei Geschwister auch schon an der Schule waren, lernte an ihr in seinem ersten Schuljahr von 1926-1927 das Lesen und Schreiben.

Die St.-Petri-Schule kann auch mit Recht von sich sagen, daß sie die älteste der noch und ununterbrochen bestehenden deutschen Schulen im Ausland ist. Und sie ist die einzige deutsche Schule in einem im Zweiten Weltkrieg von deutschen Truppen besetzten europäischen Land, die nach dem Krieg nicht geschlossen worden ist. Von einigen möglichen Gründen hierfür soll der folgende Aufsatz handeln.

## 2. *Die Gegenwart der Vergangenheit — der Anlaß*

Am 4. Januar 1984 erschien in der Kopenhagener Tageszeitung »Politiken« in der viel beachteten und gelesenen Rubrik »Kroniken« ein Artikel unter der Überschrift »Mörder og offer med samme idealer« (Mörder und Opfer mit den gleichen Idealen) über den »Sühnemord« der Gestapo an dem dänischen Pastor und Dichter Kaj Munk am 4. Januar 1944. Als der eigentliche Mörder Kaj Munks wurde hier ein ehemaliger Lehrer der St.-Petri-Schule genannt, der ihn in der entscheidenden Sitzung im »Dagmarhus« — Sitz des Reichsbevollmächtigten — am 5. Dezember 1943 für diesen Terrorismord an einer im ganzen Land bekannten Persönlichkeit, der auf Verlangen Hitlers durchgeführt wurde, vorgeschlagen hatte. Es war

der ehemalige Mathematik- und Physiklehrer der St.-Petri-Schule Hans Wäsche, der als Mitarbeiter der Gestapo mit der deutschen Besatzungsmacht nach Dänemark zurückgekehrt war.

Der Verfasser der Chronik in »Politiken« und eines Buches über Kaj Munk weist in beiden Veröffentlichungen immer wieder auf Parallelen in ihrer geistigen Entwicklung und auch in ihrer äußeren Biographie hin, auf beider Interesse für das »Nordische« und ihre Bewunderung für die »starken Männer« Hitler und Mussolini, denn auch Kaj Munk hielt ja bis 1938 noch daran fest. Darum der Titel der Chronik. Und wie ein roter Faden zieht sich durch das ganze Buch immer wieder der Rückverweis auf die Tatsache, daß sie sich im Sommer 1920 auch äußerlich ganz nahe waren, als Hans Wäsche sich angeblich bei »nahen Bekannten an der deutschen St.-Petri-Schule«, Larslejsstræde 5, aufhielt, während Kaj Munk im übernächsten Haus, Larslejsstræde 1, wohnte. Und so heißt es denn in der Chronik vom 4. Januar 1984 wörtlich: »Hans Wäsche kom tilbage til Danmark efter 1933. På Set. Petri Schule havde man med magtovertagelsen i Hitlertyskland fundet det betimeligt, at der kom en partitro rektor på den tyske skole i Danmark.« In der Übersetzung: »Hans Wäsche kam 1933 nach Dänemark zurück. An der St.-Petri-Schule hatte man es nach der Machtergreifung in Hitlerdeutschland für an der Zeit gehalten, daß die deutsche Schule in Dänemark einen parteitreuen Rektor bekam.« Dies war ein schlimmer Satz, der seinem Verfasser, einem dänischen Volkshochschulmann, der zu dem Zeitpunkt noch an seinem Buch über Kaj Munk schrieb, offenbar ganz ohne das Bedürfnis, ihn kritisch auf seine Richtigkeit hin zu überprüfen, bevor er gedruckt wurde, einfach aus einem vorher fertigen Urteil über »Hitlerdeutschland« heraus aus der Feder floß. Er mußte jemand, der heute an der St.-Petri-Schule arbeitet, tief betroffen machen und sein Interesse daran wecken, mehr darüber zu erfahren, wie es an der St.-Petri-Schule von 1933 bis 1945 »denn eigentlich gewesen« ist, und durch genauere Erkenntnisse darüber eventuell daran mitzuwirken, daß aus der Vergangenheit mitgeschleppte voreilige Urteile überprüft wurden und Schaden in der Gegenwart von der Schule ferngehalten wurde, wenn die Quellenlage dies zuließ.

Welch eine Aufgabe für einen Historiker, der zugleich auch noch Schulleiter dieser Schule war. Die Gegenwart der Vergangenheit hatte sein professionelles Erkenntnisinteresse geweckt. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Aus den Akten der Schule ergibt sich, daß an den beiden zitierten Sätzen nur der Name Hans Wäsche und die Tatsache, daß er einige Jahre Lehrer an der St.-Petri-Schule gewesen ist, richtig ist, alles andere, die Daten wie die politischen Unterstellungen, ist falsch.

### *3. Eine deutsche Auslandsschule kämpft um ihre politische Integrität.*

Hans Wäsche kam am 1. August 1931 — nicht 1933 — als Studienassessor mit den Fächern Mathematik und Physik — nicht als Rektor — an die St.-Petri-Schule. In Kopenhagen wurde er bald Anhänger Hitlers und trat schon 1931 in die NSDAP ein. Seine parteipolitische Einstellung kam zum ersten Mal zum Ausdruck im Zusammenhang mit dem »Fall Modis«, von dem nun zuerst berichtet werden muß. Um den Fall des Musiklehrers Modis herum entwickelt sich nämlich, was man den Kampf der St.-Petri-Schule um ihre politische Integrität und damit ihre historisch gewachsene Identität als Stätte deutsch-dänischer Begegnung bezeichnen kann. An ihm kann gezeigt werden, daß »man«, das ist die Mehrheit im Vorstand der Schule und unter den Lehrern und Eltern, 1933 weder einen »parteitreuen Rektor« noch gar parteitreue Lehrer für wünschenswert und an der Zeit hielt, das Gegenteil war der Fall.

Gustav Modis war 1929 als Organist an der St.-Petri-Kirche angestellt worden und gleichzeitig Musiklehrer an der St.-Petri-Schule geworden. Schon bald zeigte sich, daß er ein fanatischer Nationalsozialist war. Neben seinem Dienst in Kirche und Schule benutzte er seinen Aufenthalt in Kopenhagen in den nächsten Jahren dazu, als »Landesvertrauensmann« der Partei eine Parteiorganisation der NSDAP in Dänemark aufzubauen und über die Verhältnisse in seinem Gastland an die Auslandsorganisation (AO) der Partei in Hamburg zu berichten, also eine Art parteipolitische Geheimdiensttätigkeit auszuüben. Schon bald reagierte die Schule. Um den 1. Sep-

tember 1932 herum hatte der Direktor, Studienrat Leonhardt, ihn »wegen seiner Arbeit als Ortsgruppenleiter der Nazi« angegriffen. So steht es im Protokollbuch der St.-Petri-Schulkommission (im Folgenden SK genannt), und in der Sitzung der SK am 21. September 1932 wurde die Kündigung von Modis beschlossen, und zwar wegen seines ganz speziellen Dienstvertrages mit einer doppelten Begründung:

1. Er »eignet sich nicht in hiesiger Umgebung für den Schulunterricht« und

2. wegen der Ersparnis für die Schule von 3000 Kronen im Jahr. Modis wurde im Gegensatz zu den anderen Lehrern an der Schule als Gymnasiallehrer bezahlt. Ihn als Lehrer zu entlassen, berührte aber auch die Interessen der Kirchengemeinde, denn Modis konnte nicht als Organist bleiben, wenn er nicht an der Schule angestellt war, weil das Organistenamt kein volles Gehalt gab. Der Vertreter des Kirchenkollegiums in der SK gab deshalb in der gleichen Sitzung zu Protokoll: »Das Kirchenkollegium betrachtet es als eine Gefahr für die Schule, wenn Modis bleibt, und hat nichts dagegen, daß er die Kirche als Organist verläßt.«

Modis jedoch, offenbar in dem Bewußtsein, daß er einen Parteauftrag zu erfüllen hatte, setzte sich mit allen Mitteln zur Wehr. Es mußte eine dicht aufeinanderfolgende Reihe von Sitzungen abgehalten werden — am 12. und 21. Oktober, am 9. Dezember in der Deutschen Gesandtschaft, am 10. Dezember und am 12. Dezember 1932 —, in denen es fast ausschließlich um den Fall Modis ging, dreimal in seinem Beisein. Er drohte der SK mit einem Prozeß vor einem dänischen Gericht, wo er die Rechtmäßigkeit der Kündigung anfechten wollte, in der Erwartung, daß man auf jeden Fall würde vermeiden wollen, einen internen Streit in der deutschen Gemeinde und Schule vor die dänische Öffentlichkeit zu bringen. Er behauptete, ihm werde aus politischen Gründen gekündigt, was von der SK bestritten wurde. Aus diesem Grunde ließ er durch das Auswärtige Amt (im Folgenden AA genannt) und die Deutsche Gesandtschaft einen Bericht von der SK anfordern. Dann erhielt die SK einen »sehr scharfen schriftlichen Protest« — so im Protokoll der SK — einer Gruppe von Eltern zu Gunsten von Modis. Der Sprecher dieser



Gruppe, der von der SK zu einer Sitzung eingeladen worden war, konnte jedoch nicht nachweisen, daß er wirklich die Vollmacht der Elternschaft der Schule hatte, wie er behauptete. Aber die Unruhe in der Elternschaft, von einem Lehrer der Schule gegen Schulleiter und SK hervorgerufen, war nun da. Dies konnte als Dienstvergehen betrachtet werden, auch wenn Modis bestritt, etwas damit zu tun zu haben, und der Deutsche Gesandte Freiherr von Richthofen riet der SK, Herrn Modis mit dieser Begründung seine fristlose Entlassung mitzuteilen. Dies tat die SK auch, allerdings aus Rücksicht auf dessen Familie mit dem Zusatz: »Ihr Ausscheiden aus dem Verband der St.-Petri-Schulen muß jedoch spätestens am 1. 4. 1933 erfolgen.« Der Vorsitzende sollte ihm das Schreiben noch am gleichen Tage, es ist der 13. Dezember 1932, mitteilen. Das Schulkommissionsprotokoll macht dazu abschließend die lakonische Anmerkung: »Sollte Herr Modis hierbei, wie es (nach allen Erfahrungen mit ihm) besonders auch mit Berufung auf seine Partei, zu erwarten ist, sich mündlich Protest Vorbehalten, soll dies ohne vorläufiges Reagieren hingenommen werden.« Die SK fühlte sich mit der Unterstützung des Deutschen Gesandten und damit des AA ganz offensichtlich völlig sicher. Soll er nur protestieren, es wird ihm nichts mehr nützen.

Aber es sollte anders kommen. Die nächste Sitzung der SK war auf den Tag gelegt worden, der der Tag nach Hitlers Machtergreifung werden sollte. Im Protokollbuch der SK gibt es eine Seite mit der Bleistiftnotiz »Sitzung der SK 31. 1. 1933«, es folgen jedoch nur zwei leere Seiten. Hier kann man wohl sagen, sie »sprechen Bände« von einer schwierigen Situation für die SK und den Schulleiter, in der niemand ein Protokoll schreiben wollte oder konnte, was dann auf diese Weise »protokolliert« wird. Nach dem 30. Januar 1933 war ja eine neue Lage entstanden, und Modis fühlte sich gegenüber der SK nun viel stärker. Er ging auch gleich zum Gegenangriff über, indem er noch am 31. Januar einen Brief an den Vorsitzenden der SK, Hauptpastor Lampe, schrieb, in dem er schwere persönliche Anschuldigungen gegen ihn und den Deutschen Gesandten erhob. Von Amtsvergehen war die Rede, und der SK warf er in einem Schreiben vom 13. März drohend vor, daß seine Entlassung »eine

verfassungswidrige politische Maßregelung« darstelle, für die »die SK die Verantwortung für alle aus ihrem Verhalten sich ergebenden Folgerungen zu tragen haben« werde.

Nun kam also erst die eigentliche Bewährungsprobe für die SK, den Deutschen Gesandten und den Schulleiter. Aber die Ausgangslage hatte sich noch weiter verschlechtert. Nicht nur hatte Hitler in Deutschland die Macht ergriffen, Anfang März 1933 bekam auch die SK einen neuen Vorsitzenden, der »Deutscher Christ« und Mitglied der NSDAP war. Das war so gekommen: Der bisherige Vorsitzende, Hauptpastor Lampe, war auf den Rat des Kirchenvorstandes hin, weil er »die Fühlung mit der Gemeinde verloren hatte«, wie es heißt, zunächst plötzlich auf Urlaub und dann ganz abgegangen. In der entstandenen Vakanz bis zur Wahl eines neuen Hauptpastors vertrat ihn ein junger Katechet, Pastor Jahn, der acht Stunden Religionsunterricht in der Schule gab. Als Vertreter des Hauptpastors rückte er auch in die SK auf, und zwar als deren Vorsitzender. Es war immer so gewesen, daß der Hauptpastor den Vorsitz gehabt hatte, und Pastor Jahn legte Wert darauf, daß er auch hierin sein Vertreter sein sollte. Das wäre wohl zu diskutieren gewesen, denn Pastor Jahn hatte weder Amtserfahrung noch kannte er die besonderen Verhältnisse der St.-Petri-Schulen in ihrer dänischen Umgebung, und als Lehrer an der Schule würde er sein eigener Vorgesetzter werden. Die übrigen Mitglieder der SK hätten darauf hinweisen können, daß ein neues dänisches Schulgesetz, das am 20. Mai 1933 beschlossen wurde, für die Privatschulen bestimmte: Die Schulvorstände wählen ihren Vorsitzenden aus ihrer Mitte. Sie haben es bald bedauert, nicht ein reiferes Mitglied der SK zum Vorsitzenden gemacht zu haben.

Pastor Jahn hatte ebenso wie Modis gute Beziehungen zur Auslandsorganisation der NSDAP in Hamburg, und er begann nun, zuerst vorsichtig, dann aber immer deutlicher für ein Verbleiben von Modis an der Schule zu arbeiten. Zunächst sollte erreicht werden, daß die schriftliche Kündigung zurückgenommen wurde, damit Modis nach einer normalen Kündigung in den preußischen Staatsdienst übernommen werden konnte. Modis war aber selbst dann nur bereit, eine Stellung anzunehmen, die seiner ursprünglichen Vertragsfor-

mulierung von 1929 entsprach — Musiklehrer an einer Schule in einer mittelgroßen Stadt. Diese wurde ihm versprochen und der Kündigungstermin auf den 30. September 1933 hinausgeschoben. Das war ein taktischer Sieg für Modis und Pastor Jahn. Sie hatten Zeit gewonnen.

Die SK konnte nun Modis eine Musiklehrerstelle in Wetzlar anbieten, wodurch der Vertrag erfüllt werden konnte. Modis sollte dorthin reisen, um sich die Stelle anzusehen. Er beriet sich aber vorher noch mit seiner Partei in Hamburg und kehrte dann, ohne in Wetzlar gewesen zu sein, nach Kopenhagen zurück und erklärte, die Stelle habe den Bedingungen nicht entsprochen, wonach sein ursprünglicher Dienstvertrag wieder in Kraft sei, weil die SK diese Vertragsbestimmung nicht habe erfüllen können. Der Vorsitzende der SK, Pastor Jahn, hatte ihm diese Lösung im Namen der SK, aber ohne vorherige Abstimmung mit den übrigen vier Mitgliedern zugesagt. Diese aber durchschauten das Spiel von Pastor Jahn und Modis und erklärten ihrerseits, die vertraglichen Verpflichtungen der SK seien nun erloschen, da Modis selbst das Wetzlarer Angebot ausgeschlagen habe, und die Kündigung müsse am 1. Oktober 1933 in Kraft treten. So wurde es auch auf einer gemeinsamen Sitzung von SK und Kirchenkollegium am 28. August 1933 gegen die Stimme von Pastor Jahn beschlossen. Modis drohte daraufhin endgültig mit einer Feststellungsklage vor einem dänischen Gericht.

Im September und Oktober 1933 erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt. Pastor Jahn hatte sich privat an einen Amtsbruder in Hamburg gewandt, von dem er wußte, daß er in den — wie man damals sagte — »heute maßgebenden Stellen« mitarbeitete. Darauf war ein Telegramm von der Auslandsorganisation der NSDAP aus Nürnberg gekommen. In diesem Telegramm wurde gewünscht, daß Modis in Kopenhagen bleiben sollte. »Wir sind im Besitz einer eindeutigen Stellungnahme von Seiten Deutschlands«, schrieb Pastor Jahn daraufhin am 1. September 1933 an die übrigen vier Mitglieder der SK und schlug vor, auch ein Telegramm zu schicken mit dem kurzen und klaren Inhalt: »SK mit Verbleiben von Modis einverstanden. Jahn.«, und er fuhr fort, »damit die gegenwärtig in Nürnberg versammelten verantwortlichen Männer (Es war »Nürnberger Partei-

tag«!) den Eindruck gewinnen, daß wir das Zusammenarbeiten mit den maßgebenden Stellen in unserem Heimatlande nicht komplizieren wollen«.

Die übrigen vier Mitglieder der SK waren hierin aber durchaus nicht einig mit Pastor Jahn, und sie hatten die leichte Drohung, die in dem letzten Satz lag, wohl nicht verstanden. Sie lehnten alle vier die sofortige Absendung dieses Telegrammes ab, Peter de Vos, der auch Vertreter des Kirchenkollegiums in der SK war, mit der Formulierung, weder sei das »Wir« in Pastor Jahns Satz »Wir sind jetzt im Besitz einer eindeutigen Stellungnahme von Seiten Deutschlands« berechtigt, denn das Telegramm sei nur an Pastor Jahn privat gerichtet, noch sei diese Stellungnahme der Partei eine Stellungnahme »Deutschlands«. Im übrigen protestiere er energisch gegen das eigenmächtige Vorgehen des Pastors, durch das er lediglich »die Angelegenheit in dem von ihm gewünschten Sinne« fördern wolle.

#### *4. Kraftprobe zwischen dem AA und der Partei*

Was sich hier entwickelte, war nicht nur ein Konflikt um die politische Integrität der St.-Petri-Schule als einer auch damals schon übernationalen deutsch-dänischen Begegnungsschule und insofern für sie ein Kampf ums Überleben. In dem Maße, in dem die Deutsche Gesandtschaft immer mehr einbezogen wurde, war er auch Ausdruck der damals stattfindenden Kraftprobe zwischen dem Auswärtigen Amt und seinen Diplomaten mit ihrer außenpolitischen Erfahrung und Besonnenheit auf der einen Seite und den fanatischen Parteistellen, insbesondere der sog. Auslandsorganisation der Partei in Hamburg auf der anderen. Unter wesentlicher Mitwirkung von Ernst von Weizsäcker, dessen Kinder zwischen 1925 und 1927 die St.- Petri-Schule besucht hatten und der ab 1936 Leiter der Politischen Abteilung wurde, bemühte sich das AA nämlich, sein Personal von Nationalsozialisten freizuhalten, was auch bis 1945 weitgehend gelang, um auch weiterhin eine Alternative zur nationalsozialistischen Außenpolitik anbieten zu können, was bekanntlich leider nicht gelang. Besonders in der ersten Zeit nach der Machtergreifung hatte man in den diplomatischen Vertretungen im

Ausland alle Hände voll zu tun, um den Schaden zu begrenzen, den Parteifanatiker anrichteten, u. a. indem sie versuchten, die »deutschen Kolonien« zu nazifizieren oder Diplomaten »abzuschießen«. Über Hitlers Haß auf »Intellektuelle und Diplomaten« konnte man schon in »Mein Kampf« nachlesen.

Auch in Kopenhagen bekam man bald eine sehr deutliche Probe von der undiplomatischen Sprache der neuen Herren in Deutschland und davon, wie sie mit ihren politischen Gegnern, zu denen nun auch vier Fünftel der SK gehörten, umzuspringen gedachten. Der Deutsche Gesandte bat die SK zu einer Besprechung zu sich. Hier verlas er ein Schreiben der »Auslandsorganisation« in Hamburg zur Sache Modis vom 5. September an Pastor Jahn privat. Darin hieß es u.a.: »Es ist ein unmöglicher Zustand, daß sogenannte Deutsche Kreise sich dauernd unseren Bestrebungen entgegenstellen. Es bleibt zu erwägen, ob es nicht ratsam ist, gegen derartige Schädlinge das Ausbürgerungsverfahren einzuleiten.«

Dies war ernster zu nehmen, als man aus heutiger Sicht zunächst meinen könnte. Am 14. Juli 1933 war nämlich ein »Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit« erlassen worden. Nach diesem Gesetz konnten deutsche Staatsangehörige, die sich im Ausland aufhielten und durch Verstoß gegen ihre »Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk die deutschen Belange geschädigt« hatten, der deutschen Staatsangehörigkeit »für verlustig erklärt werden«. Dabei wurde der Begriff des »treuwidrigen Verhaltens« sehr weit ausgelegt und hauptsächlich gegen deutsche Emigranten angewendet, wie z. B. gegen Thomas Mann, Albert Einstein und Bertolt Brecht und in rund 50.000 anderen Fällen. Aber es konnte sehr gut als Machtinstrument gegen andere Auslandsdeutsche zur Erzwingung parteikonformen Verhaltens benutzt werden. Und es war gerade erst sieben Wochen alt, als es in diesem Sinne als Drohung gegen das »undeutsche« Verhalten der SK und des Schulleiters eingesetzt wurde, vergeblich bei den vier Mitgliedern der SK und dem Deutschen Gesandten, aber nicht ganz ohne Wirkung beim Schulleiter, wie wir noch sehen werden.

Das Mitglied der SK Peter de Vos hat in einer umfangreichen Aufzeichnung über diese Ereignisse auch über die Reaktion des Deut-

schen Gesandten berichtet: »Dem Eltern Gesandten war es unbegreiflich, daß eine verantwortliche Stelle sich hinreißen lassen konnte, derartige grundlose Beschuldigungen auszuschleudern.« Der Gesandte habe sich voll hinter die SK gestellt. Sie habe in jeder Beziehung korrekt gehandelt und gar nicht anders handeln können, da es ihr allein darum gegangen sei, Schaden von den St.-Petri-Institutionen fernzuhalten.

Pikanterweise konnte der Gesandte mitteilen, daß die Partei in Berlin Herrn Modis geraten hätte, die Stellung in Wetzlar anzunehmen, und gar nicht wünsche, daß er in Dänemark bleibe, es gehe also gar nicht um das Prestige der Partei, sondern das Problem liege nur in der Person Modis, was Pastor Jahn endlich einsehen müsse. Peter de Vos und der Gesandte von Richthofen haben eigentlich bei ihren Äußerungen zu Pastor Jahns Telegrammbrief bzw. zur Ausbürgerungsdrohung schon im September 1933 ganz ähnlich reagiert wie Thomas Mann in seinem berühmten Offenen Brief vom Januar 1937 nach seiner Ausbürgerung, als er schrieb: »Der einfache Gedanke daran, wer die Menschen sind, denen die erbärmlich-äußerliche Zufallsmacht gegeben ist, mir mein Deutschtum abzusprechen, reicht hin, diesen Akt in seiner ganzen Lächerlichkeit erscheinen zu lassen. Das Reich, Deutschland, soll ich beschimpft haben, indem ich mich gegen sie bekannte! Sie haben die unglaubliche Kühnheit, sich mit Deutschland zu verwechseln.«

##### *5. Spaltung im Lehrerkollegium*

Nun zeigte der Druck, der von der Partei auf die St.-Petri-Schule ausgeübt wurde, auch im Lehrerkollegium seine Wirkung. Gustav Modis und Hans Wäsche hatten die reichsdeutschen Lehrer (d. h. die Lehrer, die als deutsche Beamte für eine begrenzte Zeit an eine deutsche Schule im Ausland entsandt wurden, im Gegensatz zu den beiden Gruppen der sog. Ortskräfte, den deutschen Lehrern an der Schule, die dauernd in Dänemark lebten, und den dänischen Lehrern) dafür gewonnen, am 9. September 1933 schriftlich »den sofortigen Rücktritt der SK« zu verlangen. »Die Verhandlungen des letzten Jahres haben die unsachliche Einstellung der SK klar erwiesen.

Sie hat daher unser Vertrauen nicht mehr. Ausgenommen ist Pastor Jahn.«, hieß es. Dieses Verlangen hätten sie nur deshalb zum Ausdruck gebracht, fügte Hans Wäsche, in dessen Handschrift auch die erste Erklärung geschrieben war, im Namen der neun Unterzeichner am 14. September hinzu, »weil die SK Kopenhagen der für das gesamte Auslandsdeutschtum verantwortlichen Stelle in Hamburg den Gehorsam verweigert hat«.

Die sieben Mitunterzeichner dieser Erklärung, die die Rechtsverhältnisse an der Schule auf den Kopf stellte, mögen geglaubt haben, mit ihrem reichsdeutschen Kollegen solidarisch sein zu müssen. Modis und Wäsche nahmen offenbar an, daß die Macht der NSDAP auch in Kopenhagen so groß sei, daß sie mit ihrer Hilfe eine Art Machtergreifung an der St.-Petri-Schule durchführen und ihre eigene Vorgesetzte Behörde absetzen könnten. Sie hatten den auch im Reich selbst praktizierten totalitären Anspruch der Partei, nach dem erwartet wurde, daß man als Deutscher den Anordnungen der Führer der NSDAP zu gehorchen hatte, und daß deutsch nur sei, wer das täte, auf die Situation an ihrer Schule im Ausland übertragen.

In diesen Septembertagen 1933 sehen wir auch, wie der Schulleiter unsicher wird. Pastor Jahn hatte sich schon in seinem Brief vom 1. September darauf berufen, daß auch Direktor Leonhardt der Meinung sei, weitere Unruhen und Verbitterungen könnten nur durch ein Verbleiben von Modis vermieden werden. Erst recht durch die Erklärung seiner reichsdeutschen Kollegen vom 9. September muß er sich derart unter Druck gesetzt gefühlt haben, daß er seinen Loyalitätskonflikt nur noch lösen zu können glaubte, indem er der SK in einem Schreiben vom 12. September erklärte, daß er deren Haltung nicht mehr mittragen könne, da er »als preußischer Beamter« nicht in einen Gegensatz zur NSDAP kommen dürfe. Nach dem Nürnberger Parteitag müsse auch er die »Hamburger Stelle als die für das Auslandsdeutschtum allein maßgebliche Stelle« ansehen. Da er nicht mehr voll mit der SK übereinstimmen könne und durch Schweigen in einen unmöglichen Gegensatz zu seinen reichsdeutschen Kollegen käme, beabsichtige er, wenn die SK ihre Auffassung nicht ändere, beim AA seine Versetzung an eine andere Schule zu beantragen.

Man kann sich sehr leicht vorstellen, daß die Verhältnisse an der Schule jetzt ganz unerträglich geworden waren. Der Schulleiter stand zwischen allen Loyalitätsverpflichtungen und wählte trotz seiner Skrupel dann doch den korrektesten Weg, nämlich der SK zu gehorchen, als er Modis im Auftrag der Mehrheit ihrer Mitglieder und gegen den Bescheid des Vorsitzenden, Pastor Jahn, am 1. Oktober untersagte, seinen Dienst auszuüben, weil er entlassen sei. Die reichsdeutschen Kollegen kündigten ihm darauf die Zusammenarbeit auf, baten »im Interesse der *Deutschen Schule* entweder um unser aller Versetzung oder die des Direktors«. Modis verweigerte einfach den Gehorsam mit der Begründung, die SK existiere gar nicht mehr, weil abgesetzt. Die dänischen Lehrer waren völlig verunsichert. Sie machten sich Sorgen darüber, wie die dänischen Behörden ihre Tätigkeit an den St.-Petri-Schulen wohl beurteilen würden. Die deutschen Ortskräfte dagegen, die ja dauernd in Dänemark lebten und weniger unter dem Einfluß der neuen politischen Verhältnisse im Reich standen, dafür aber mehr von der besonderen Situation der St.-Petri-Schule in ihrer dänischen Umgebung verstanden, waren der SK und dem Schulleiter gegenüber loyal. Es werde »im Flüsterton verhandelt« und mit deutschen Kollegen Besprechungen geführt, von denen die Dänen ausgeschlossen seien. »Es ist Politik in die Schule gekommen, und es besteht die Gefahr, daß die Schulen ihre rein kulturellen Aufgaben nicht mehr erfüllen können.« schrieb eine der deutschen Ortskräfte an die SK. Man begann selbst in ganz normalen Schulordnungs- und Disziplinfragen, wie sie im täglichen Betrieb einer Schule immer Vorkommen, gegeneinander zu arbeiten. Wir kennen einige dieser Vorgänge, weil sie sich in schriftlichen Protesten, Beschwerden und Protokollen niedergeschlagen haben. Insbesondere Hermann Hilmer, als deutsche »Ortskraft« seit langem an der Schule und stellvertretender Schulleiter, und Hans Wäsche gerieten auf diese Weise provokativ und geradezu haßerfüllt aneinander. Das konnte selbstverständlich auch Schülern und Eltern nicht verborgen bleiben, ganz zu schweigen von der dänischen Öffentlichkeit und den Behörden.



## 6. Warnungen von dänischer Seite

Die dänische Öffentlichkeit war schon im Mai 1933 auf Modis und seine Agitation für den Aufbau einer NSDAP in Dänemark aufmerksam gemacht worden. Das war in einer Reihe von kritischen Zeitungsartikeln geschehen, die in den Akten gesammelt worden sind. Bestürzung muß bei der SK insbesondere der Leserbrief eines Elternteils von einem dänischen Schüler an der Schule hervorgerufen haben. Unter großer Überschrift hieß es in der Zeitung »*Social-Demokraten*«, immerhin das Regierungsblatt, am 29. Mai 1933 u.a.: »*Naziagent mißbraucht dänische Gastlichkeit (gæstfrihed)*« » \_ Mit nicht geringem Erstaunen habe ich erfahren, daß er mit einem Lehrer identisch ist, der an einer mit dänischem Staatszuschuß betriebenen Schule in Kopenhagen wirkt... Liberal sind wir hier in Dänemark und gastlich, aber treiben wir nun unsere Gastlichkeit nicht bis ins Lächerliche, wenn wir den dänischen Staat Geld an einen Agitator zahlen lassen, dessen Ziel es ist, die Ideen zu untergraben, auf denen unsere Gesellschaft aufgebaut ist?

Vor kurzem wurde in Deutschland eine dänische Dame zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt, die nur Zeichnungen für ein gegen die nazistische Gewaltherrschaft oppositionelles Blatt geliefert hatte. Wir dagegen in Dänemark bezahlen Geld an einen Mann, damit er unsere Gesellschaft bekämpfen kann.

Wenn es doch wenigstens bloß deutsche Kinder wären, die der »Hitleragent« unterrichtet! Aber die St.-Petri-Realschule ist zuerst und vor allem auf dänischen Kindern basiert, deren Eltern sie in die deutsche Schule geschickt haben, damit sie sich eine Weltsprache aneignen können, die ihnen im späteren Leben von Nutzen sein kann. Aber ob auch nur ein einziges von diesen dänischen Elternpaaren seine Kinder in die deutsche Schule geschickt hat, um sie Unterricht bei einem Agitator für politische Gewalt bekommen zu lassen? Sicher keines!

... Die deutsche Schule hier in der Stadt hat, so weit ich weiß, niemals Anlaß zu dem Verdacht politischer Wirksamkeit gegeben. Aber da man nicht anzunehmen wagt, daß die Leitung einer deutschen Schule zur Zeit konsequent aufzutreten wagt, indem sie einen Lehrer verabschiedet, der eine unziemliche politische Wirksamkeit be-

treibt, ist es dann nicht die Pflicht der dänischen Schulautoritäten, die dänischen Kinder zu beschützen, die zur Zeit die deutsche St.-Petri-Realschule besuchen? ... d. h. Herr Agitator Modis muß von der Schule entfernt werden, die dänische Kinder unterrichtet! ... Ich bitte um schnelle und energische Entscheidung. — *En af de danske forældre* —.«

Dieser Leserbrief eines dänische Elternteils brachte die ernste Gefährdung der St.- Petri-Schule als einer deutsch-dänischen Begegnungsschule, die eintreten mußte, wenn an ihr oder wie bei Modis von ihr aus und in ihrem Schutz die antidemokratische nationalsozialistische Ideologie verbreitet wurde, sehr eindringlich zum Ausdruck. Paßt auf, hieß die Warnung, wenn die Schule weiterhin in dieser Weise politisiert wird, werden dänische Eltern ihre Kinder von ihr wegnehmen, und die dänische Schulbehörde wird eingreifen. Im übrigen wird die Motivation dänischer Eltern, die ihre Kinder auf diese Schule schicken, »damit sie sich eine Weltsprache aneignen können, die ihnen im späteren Leben von Nutzen sein kann«, auch noch aus heutiger Sicht ganz zutreffend beschrieben. Es muß sich bei dem Verfasser dieses Briefes also um einen »insider« gehandelt haben. Er hat allerdings offenbar nicht gewußt, daß die Schulleitung zu der Zeit sehr wohl »konsequent aufzutreten wagte, indem sie einen Lehrer verabschiedete, der eine unziemliche nazistische Wirksamkeit« betrieb. Oder hat er es doch gewußt, so daß der Brief eine wohlüberlegte Unterstützung für die Kräfte sein sollte, die sich dieser Überfremdung der St.- Petri-Schulen durch nazistische Einflüsse und damit der Ablösung aus ihrem in Jahrhunderten gewachsenen dänischen Umfeld entgegenstimmten? Das waren jedenfalls die Mehrheit der SK ohne Pastor Jahn, die meisten Lehrer, der Deutsche Gesandte und das AA.

Auch der Kopenhagener Bürgermeister Dr. Ernst Kaper hatte die SK vor einer Politisierung der St.-Petri-Schulen in nationalsozialistischer Richtung gewarnt. Und diese Warnung wog schwer. Das wußten die Kenner der dänischen Verhältnisse in der SK sehr gut. Dr. Kaper war eine Persönlichkeit von großer politischer und schulpolitischer Autorität. Er war vor der Übernahme seines Amtes im Kopenhagener Magistrat Rektor am Ordrup Gymnasium gewesen. Er war Ver-

fasser einer deutschen Grammatik sowie der Begründer des bekannten »roten« deutsch-dänischen Wörterbuches aus dem Verlag Gyldendal. Die Arbeit an beiden Werken hatte er übrigens schon von seinem Vater Johannes Kaper übernommen, der nach 1864 wegen seiner dänischen Gesinnung von Flensburg nach Kopenhagen gegangen war, wo er als Lehrer an der Metropolitanschule durch seine Lehrbücher und Lexika wesentlich dazu beitrug, den Deutschunterricht zu verbessern. Sein Großvater dagegen war ein angesehener schleswig-holsteinisch gesinnter Lehrer aus dem nordfriesischen Lindholm, Gründer des Schleswig-Holsteinischen Lehrervereins sowie Mitbegründer des Deutschen Lehrervereins nach 1871. Dies wird hier erwähnt, um deutlich zu machen, daß Dr. Kaper, der über Heinrich von Kleists »Robert Guiskard« promoviert hatte, kein negatives Verhältnis zur deutschen Sprache und Kultur hatte, aber durch seine eigene Biographie und die seiner Familie väterlicherseits in hohem Grade kompetent und auch sensibilisiert war für die Beurteilung der Entwicklungen in Deutschland und ihrer möglichen Auswirkungen auf Dänemark.

Man wisse sehr gut, so hatte er anlässlich einer Besprechung über das Gebäude der Mädchenschule zur SK gesagt, daß die St.-Petri-Schulen zu einem großen Teil von dänischen Kindern besucht würden, die eigentlich in dänische Schulen gehörten. Man toleriere dies aus besonderem Wohlwollen und aus Anhänglichkeit an die Tradition, habe aber seine besondere Aufmerksamkeit auf die deutschen Schulen gerichtet. Die Deutsche Gesandtschaft muß Dr. Kapers Standpunkt übrigens gekannt haben. Die verschiedenen Gesandten luden ihn wegen seiner guten Kenntnisse der deutschen Sprache und Kultur natürlich zu ihren Veranstaltungen und Empfängen ein. Und bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ging er auch regelmäßig hin, weil er es als seine natürliche Pflicht ansah. »Ich glaube«, so hatte er einmal gesagt, »die schätzen es, daß ich niemals auch nur im geringsten meine Standpunkte verberge, auch in den nationalen Fragen. Wo wie hier verschiedene Ansichten und Interessen vorherrschen, soll man Festigkeit zeigen und unerschütterlich geltend machen, was man als Recht empfindet — dann haben wir doch jedenfalls eine Möglichkeit, gehört zu werden.«

## 7. Das AA setzt sich durch

Nachdem der Kampf gegen den nationalsozialistischen Einfluß an der St.-Petri- Schule und das Ringen um ihre politische Integrität nun schon mehr als ein Jahr gedauert hatte, wobei die Schule immer näher an den Rand einer Katastrophe gebracht worden war, ging dann doch alles sehr schnell. Durch den energischen Einsatz des Gesandten beim AA und auch bei der Leitung der Partei in Berlin, die einen offenbar gemäßigten Mann vom »Verbindungsstab« nach Kopenhagen schickte, wurde die ganze Frage im Sinne der SK und des Gesandten gelöst. Seitens der Partei wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Ausbürgerung von Mitgliedern des Kirchenkollegiums und der SK nicht in Frage komme. Man war sich auch darüber einig, daß »alles darauf ankommt, Kirche und Schule als deutsche Kulturstätten zu erhalten. Vor diesem Gesichtspunkt hat alles andere zurückzutreten.« Die Kündigung von Modis sollte in Kraft bleiben. Er verließ die Schule und erklärte sich jetzt bereit, die Stelle in Wetzlar anzunehmen. Ende Dezember 1933 verließ er das Land.

Die Lehrer, die die Mißtrauenserklärung gegen die SK unterschrieben hatten, wurden am 2. November 1933 in die Gesandtschaft zitiert, wo auch die SK und der Schulleiter anwesend waren. Hier wurde ihnen die Entscheidung des AA »verkündet«, was sie durch ihre Unterschrift bestätigen mußten. Ich zitiere die wichtigsten Passagen dieses erstaunlichen Dokuments:

»... Von der irrigen Auffassung ausgehend, daß die SK und der Direktor der St.- Petri-Schulen Anweisungen des Gaués ‚Ausland‘ der N.S.D.A.P. in Hamburg zu befolgen hätten, haben eine Reihe von Lehrerinnen und Lehrern Schreiben an das AA, an die SK und an den Direktor gerichtet. Es handelt sich zunächst um die Schreiben vom 8. und 14. September d. J. an die SK, in denen deren Rücktritt gefordert wird. Abgesehen davon, daß das Lehrerkollegium niemals berechtigt ist, auch bei etwaigen gewissensmäßigen oder technischen Bedenken eine derartige Kritik direkt an die SK zu richten, verstößt die Forderung des Rücktritts gegen die Privilegien und Statuten der Schule und ist von den Beteiligten mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.

Es wird erwartet, daß dann die SK diese Schreiben als nicht vorhanden betrachtet und keine Folgerungen daraus zieht.

... Ebenso wurde festgestellt, daß Direktor Leonhardt gemäß seinen Dienstinstruktionen verpflichtet war, die Anordnung der SK und nicht die des Pastors auszuführen, ganz gleich, ob ihm das angenehm war oder nicht. Bei Zuwiderhandlungen hiergegen hätte er sich in Widerspruch zu den ihm erteilten Instruktionen des AA und der SK gesetzt. Da also diese beiden im Schreiben eines Teiles des Lehrerkollegiums als für Direktor Leonhardt belastend geltend gemachten Behauptungen ebenfalls auf falschen Voraussetzungen beruhen, sind sie von den Beteiligten mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen. Auf Grund dieser Erklärungen zieht Herr Direktor Leonhardt seine Stellungnahme zu diesen Vorgängen vom 5. Oktober zurück und versichert, daß damit die Angelegenheit für ihn erledigt ist. Es wird erwartet, daß er wie früher allen Beteiligten ein loyaler und gerechter Vorgesetzter sein wird.

Bei Klagen und Meinungsverschiedenheiten ist zukünftig der vorgeschriebene Dienstweg zu beschreiten. Erörterungen, durch die die vergangenen Gegensätze wieder aufleben könnten, haben zu unterbleiben. Eine politische Betätigung, durch die eine Gefährdung der Schulen eintreten könnte, ist verboten. Die Entscheidung, ob eine solche Betätigung vorliegt oder nicht, steht in jedem Einzelfalle der Gesandtschaft zu. Es wird erwartet, daß nunmehr im Interesse der Schulen eine loyale Zusammenarbeit des Lehrerkollegiums in sich und mit der SK ermöglicht ist und von diesen auch durchgeführt wird. Die Gesandtschaft unterläßt nicht, darauf hinzuweisen, daß sie gegen jeden Versuch, diese loyale Zusammenarbeit künftig zu stören, auf das strengste einschreiten wird, verkündet am 2. November 1933 v. Levetzow.

Es folgen die Unterschriften von vier Mitgliedern der SK einschließlich Pastor Jahn, von Direktor Leonhardt und von sieben reichsdeutschen Lehrern ohne Modis. Zusatz mit Bleistift und in einer neuen Handschrift: »Zugegen Pastor Langmann aus Hamburg«.

Dies war ein voller Sieg für das AA, den Gesandten und die SK. Wahrscheinlich sind diese Vorgänge an der St.-Petri-Schule in Kopenhagen kein Einzelfall an den deutschen Auslandsschulen gewe-

sen, denn am 6. März 1934 teilt die Gesandtschaft einen Erlaß des AA mit, in dem es heißt: »Mehrfache Berichte über Störungen der dienstlichen Zusammenarbeit innerhalb des Lehrkörpers an einzelnen deutschen Auslandsschulen lassen es angezeigt erscheinen, für die Regelungen des Dienstverhältnisses der an den deutschen Auslandsschulen tätigen Lehrer auf die Richtlinien hinzuweisen, die vom Reichsinnenministerium im Einverständnis mit dem AA aufgestellt worden sind.« Es folgen Zitate aus den Bestimmungen, die die Autorität der Schulvorstände und der Schulleiter sichern. Der Gesandte erinnert »in Ergänzung dieser Richtlinien« noch einmal an alle wichtigen Punkte aus dem Schreiben vom 2. November 1933 und schließt mit dem Hinweis auf die »Leitgedanken zur Schulordnung« des Reichsinnenministers vom 18. Dezember 1933, »in denen ausdrücklich gesagt ist, daß die Überwachung der Schulen lediglich den Vorgesetzten Behörden zusteht«.

Aber wir wissen aus den Akten der Schule, daß es gerade zu diesem Zeitpunkt an der St.-Petri-Schule schon wieder Vorgänge gab, die es notwendig machten, das am 2. November 1933 »Verkündete« erneut zu unterstreichen, weshalb wieder alle reichsdeutschen Lehrer, aber auch Herr Hilmer und Herr Neumann, zwei Ortskräfte, die in diese Vorgänge verwickelt waren, schriftlich bestätigen mußten, daß sie das neue Schreiben gelesen hatten.

#### 8. *Konsequenzen an der Schule*

Die angestrebte Ruhe an der Schule und die loyale Zusammenarbeit aller wollte sich zunächst immer noch nicht richtig einstellen. Dazu hatte man es mit einem viel zu fanatischen und mächtigen Gegner zu tun. Am 19. Dezember 1933 sorgte ein kleiner Artikel in »Dagens Nyheder« — ein Redakteur der Zeitung hatte seinen Sohn an der Schule — unter der Überschrift »Uro i den tyske menighed«, wieder für Aufregung. Der Artikel trat für Modis ein und machte sich zum Sprachrohr des Teiles der Gemeinde und der deutschen Kolonie, der mit dem Vorgefallenen sehr unzufrieden war. Er sprach von einigen bewegten Auftritten in den letzten Tagen zwischen Schülern und Lehrern, weil Modis wie seinerzeit Pastor Lampe nun weg müsse, und merkte kritisch an, das Ansehen der Gemeinde werde

Schaden nehmen. Die herrschende Unruhe besonders in der deutschen Schule bringe ernste Nachteile für die Kinder mit sich, und die Oppositionspartei erwäge deshalb, eine Protestversammlung abzuhalten.

Nun handelte die Deutsche Gesandtschaft schnell. Sie verlangte noch am Erscheinungstag von jedem einzelnen Lehrer eine schriftliche Erklärung, daß er mit dieser Veröffentlichung nichts zu tun habe.

Am Ende des Schuljahres kehrten fast alle reichsdeutschen Lehrer, die durch die Vorgänge belastet waren, wieder ins Reich zurück. Zwei von ihnen, darunter Hans Wäsche, erreichten durch Fürsprache einflußreicher Kräfte noch eine Vertragsverlängerung von einem Jahr. Sie mußten im Juni 1935 aber auch gehen. Die SK ließ nun über keine Verlängerung mehr mit sich reden, denn Wäsche hatte sich doch nicht an das Gebot politischer Enthaltsamkeit gehalten. So lange er an der Schule war, konnte es nicht besser werden.

Ein Beispiel dafür war folgender Vorfall: In einer Versammlung des Deutsch- Dänischen Schulvereins am 26. Februar 1934 hatte der Vorsitzende Herr Acker gesagt, man könne als Deutscher Gott danken, daß man hier in Dänemark wohne. Wäsche erschien daraufhin am nächsten Tag bei Direktor Leonhardt und machte ihn auf diese »Entgleisung« aufmerksam. Leonhardt hatte diese Bemerkung auch als mißverständlich empfunden und Herrn Acker schon am Abend daraufhin angesprochen, einer habe auch sofort »Hört, hört« gerufen. Herr Acker hatte aber gar nicht verstanden, was an dieser Bemerkung mißverständlich sein könne, daß jemand sie anders als eine freundliche Geste gegenüber dem Gastland angesichts der zahlreich anwesenden Dänen auffassen könne. Als Wäsche, nachdem er das gehört hatte, weiterhin unterstellen wollte, die Bemerkung sie politisch gewesen, sagte Leonhardt erregt: »Wenn Sie mit diesem bösen Willen alles, was einmal mißverständlich ausgedrückt wird, gegen die Betr. geltend machen wollen, dann wird die Lage hier in Kopenhagen sich nicht erfreulich entwickeln können.« Darauf Wäsche (auch erregt): »Sie haben mir eben bösen Willen vorgeworfen.«, worauf Leonhardt das Gespräch abbrach.

So spannungsgeladen und vergiftet war also die Atmosphäre, daß

es nicht mehr möglich war, durch eine leicht hingeworfene ironisch-selbstironische Bemerkung, wie sie zum Umgangston in Dänemark paßt, eine Höflichkeit gegenüber dem Gastland auszudrücken. Herr Acker brachte dem Vorsitzenden der SK gegenüber zum Ausdruck, daß ihm durch solches Auftreten- eines deutschen Lehrers die Erfüllung seiner Aufgabe im Deutsch-Dänischen Schulverein unmöglich gemacht werde und daß er sehr bedaure, sich »des lieben Friedens wegen persönlich für ein weiteres Verbleiben des Herrn Wäsche in Kopenhagen eingesetzt zu haben, ... unter falschen Voraussetzungen«, wie er heute erklären müsse.

Dennoch blieb Herr Acker noch auf seinem Posten. Erst im Herbst 1936 war er so müde, daß er, »dem von der Partei ausgeübten Drucke nachgebend«, wie er an den Schulleiter schrieb, den Vorsitz im Deutsch-Dänischen Schulverein niederlegte und ihn einem Nationalsozialisten überließ.

Auch an der Schule riß Wäsche alte Wunden wieder auf, als er im Juni 1934 beim Gesandten Anzeige erstattete, daß Inspektor Hilmer »auch mit dänischen Lehrkräften« eine »Rumpfkonzert« abgehalten habe, also ohne die reichsdeutschen Lehrkräfte, worin die Partei eine Stellungnahme gegen die NSDAP und das neue Deutschland erblicken müsse. Wieder wurden Vernehmungen in der Gesandtschaft erforderlich. Leider kennen wir die schriftliche Stellungnahme des Inspektors (stellvertretender Schulleiter) Hilmer an die Gesandtschaft nicht, die im Protokoll der SK erwähnt wird. Hilmer muß nämlich als der Kopf der innerschulischen Opposition gegen die Nazis an der Schule angesehen werden. Er war in den 20er Jahren Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft gewesen und hatte dort u. a. Vorträge über die Philosophie Kants gehalten. Carl Friedrich von Weizsäcker hat ihm in seiner Festrede zum 400jährigen Jubiläum der St.-Petri-Schule mit einer Erinnerung an einen philosophischen Dialog über die Größe und Unendlichkeit des Weltalls als einem inspirierenden Lehrer, der seinen Schüler in eine fruchtbare geistige Unruhe versetzt habe, ein sehr schönes Denkmal gesetzt.

Noch an seinem letzten Schultag provozierte Wäsche Schulleiter und SK, indem er sich am Morgen vor der Abschlußfeier in der Schule beim Schulleiter schriftlich wegen Krankheit abmeldete, aber



während der Feier ohne Wissen des Direktors in der Schule blieb, so daß es Eltern und Schülern merkwürdig erscheinen mußte, daß dieser dem »durch Unwohlsein verhinderten Herrn Wäsche« den Dank der Schule aussprach. Es sei ihm aus seelischen Gründen wegen seiner bekannten Einstellung der SK gegenüber nicht möglich, an der Feier teilzunehmen, hatte Wäsche vorher dem Schulleiter erklärt, und erfahren, das sei eine dienstliche Veranstaltung, von der er nur entbunden werden könne, wenn er sich krank melde, worauf er die vorbereitete Krankmeldung aus der Tasche gezogen hatte. Wiederum kennen wir dies nur, weil der Direktor Dr. Maywald über diesen Vorfall, der »einen Mangel an ernster Dienstauffassung« des Herrn Wäsche zeige, einen Bericht an das AA verfaßt hat, der aber auf Beschluß der SK nicht abgeschickt, sondern nur in der Akte Wäsche aufgehoben wurde. Dr. Maywald hielt ihn in seinem Gutachten mit wohlüberlegter Formulierung denn auch nur für »besonders geeignet für eine rein deutsche, vom Reich anerkannte Auslandsschule mit ganz oder überwiegend deutscher Schülerschaft«, also nicht für eine Schule wie die St.-Petri-Schule.

Auch Direktor Leonhardt machte seine Ankündigung vom 12. September 1933 wahr und beantragte schon im Dezember 1933 beim AA seine Rückversetzung an seine ehemalige Schule in Liegnitz in Schlesien. Am 30. September 1934 schied er vorzeitig aus. Leonhardt war 1930 ausdrücklich mit der Aufgabe aus dem Reich geholt worden, die Schule im Sinne des demokratischen Schulwesens der Weimarer Republik zu modernisieren, was er bis 1933 auch energisch und mit Erfolg betriebenen hatte, u. a. mit einer sehr umfangreichen neuen Dienstordnung, in der z. B. die Sätze standen: »daß der Lehrer auch Freund des Schülers sein muß, und daß eine freudige Arbeit des Schülers in der Schule nur dann erzielt werden kann, wenn der Lehrer Teilnahme für ihn zeigt«. In ihr wurde auch die Stellung des Schulleiters gegenüber der SK gestärkt durch die Bestimmung, er habe »das Recht und die Pflicht, an den Sitzungen der SK teilzunehmen«. Das war damals neu und wurde von den Mitgliedern der SK anfangs nur zögernd akzeptiert, weil das AA es verlangt hatte. Er hatte auch für die Gründung des »Dänisch-Deutschen Schulvereins« (heute St- Petri-Schulverein) gesorgt und

die Abhaltung von Elternversammlungen eingeführt, die sein Vorgänger noch ängstlich abgelehnt hatte. Die Auseinandersetzungen seit dem Herbst 1932 hatten ihm klar gemacht, daß er mit seiner Aufgabe gescheitert war. Sie hatten ihn zermürbt und seine Gesundheit untergraben.

Die neuen Lehrer aus dem Reich und auch der neue Schulleiter mußten von nun an den Satz unterschreiben: »Eine politische Betätigung, durch die eine Gefährdung der Schulen eintreten könnte, ist verboten.« Dies verhinderte nach 1935 wirklich ein Wiederaufleben der alten politischen Kämpfe an der Schule. Überhaupt hat der für die SK und den Deutschen Gesandten positive Ausgang der Auseinandersetzungen von 1933/34 bis 1945 eine vorbeugende Wirkung gehabt. Dies stellt H. W. Praetorius in seiner Darstellung der »Geschichte der St.-Petri-Schulen im 20. Jahrhundert« 1975 mit Recht fest. Alle gingen von jetzt an politisch vorsichtiger mit der Schule um. Man war eher bereit, auf die besonderen Verhältnisse dieser Schule und auf ihre gewachsenen Bindungen zum Gastland Dänemark Rücksicht zu nehmen.

#### 9. *Wem ist dieses Ergebnis zu verdanken?*

Direktor Leonhardt hatte schon im Herbst 1932 die Kündigung des Naziagenten Modis durch die SK vorgeschlagen. Daß sie aber gegen alle Widerstände und nach der Machtergreifung auch durchgesetzt werden konnte, das ist sicher zuerst dem Deutschen Gesandten Freiherr von Richthofen und dem AA zu verdanken, aber auch den vier Gemeindemitgliedern in der SK, die mit imponierender Sicherheit immer wußten, wo sie ihrem unerfahrenen und irregulierten Vorsitzenden, dem jungen Pastor Jahn, im Interesse der ihnen anvertrauten Schulen und der Gemeinde nicht folgen durften und wollten. Neben der Schule hat ihnen auch die Gemeinde für ihre Standfestigkeit zu danken. Wir wissen heute nicht mehr viel von ihnen, aber ihre Namen und Berufe sollen hier genannt werden: Prokurist Gustav Fröhberg, Prokurist Walter Körner, Grossist Alfred Lange und Grossist Peter de Vös. Es waren, wie man an ihren Berufen sehen kann, im praktischen Leben stehende Männer, lebenser-

fahren, von niemandem abhängig und mit dem Mut, an dem für richtig Gehaltenen auch gegen Widerstand und Gruppendruck und unter Risiko festzuhalten.

Im Januar 1934 trat der neue Hauptpastor D. theol. Werner Görnandt sein Amt an. Aus der Sicht der Zeit nach 1945 gilt er, der gleich nach seiner Ankunft zum neuen Vorsitzenden der SK gewählt wurde, als der eigentliche Retter der Schule.

Diese Vorstellung muß insoweit korrigiert werden, als die wichtigste Weichenstellung für die Entwicklung der Schule in dieser Zeit Anfang 1934 schon vorgenommen worden war. Allerdings galt es, an dieser Linie in den kommenden Gefährdungen festzuhalten. Das hat Hauptpastor Görnandt mit viel Energie und Erfolg auch getan.

*10. »... als außerhalb ihrer Funktionen und Kompetenzen liegend...« Der Schulvorstand distanziert sich.*

So gelang es ihm und der SK, um die Linie bis 1945 nur kurz anzudeuten, sich von dem großen Schulneubau, den das Deutsche Reich als Besatzungsmacht in Dänemark in Emdrupborg plante und durchzuführen begann (heute Danmarks Lærerhøjskole), ausdrücklich und schriftlich in den Protokollen zu distanzieren. Es handelte sich um den Neubau für das 1938 gegründete Gymnasium der St.-Petri-Schule, wofür der in der Larslejsstræde geplante Erweiterungsbau nun doch nicht mehr repräsentativ genug erschien, da man »an einen der neuen Stellung Deutschlands in Dänemark angemessenen Neubau wird denken müssen«, wie es schon im Mai 1940 aus Berlin hieß. Hierin sollte dann die ganze St.-Petri-Schule unter dem neuen Namen »Deutsche Schule Kopenhagen« aufgehen.

Die übergroße Dimension dieses Projektes, das ohne die Mitwirkung der SK von der deutschen Besatzungsmacht vorangetrieben wurde, machte den Mitgliedern der SK von Anfang an klar, daß hier etwas ganz anderes entstehen sollte als eine neugebaute deutsch-dänische Begegnungsschule in der Art der bisherigen St.-Petri-Schule, nämlich eher eine Art nationalpolitische Erziehungsanstalt für den »germanischen« Norden.

Am 21. August 1940 wurde die SK von der Deutschen Gesandt-

schaft ins »Dagmarhus« gebeten, wo sie, »nachdem die Mitglieder der SK unter schweren Druck gesetzt worden waren«, wie Hauptpastor Görnandt später berichtet hat, folgenden Beschluß faßte: »Die SK... hat am heutigen Tage beschlossen, dem Schulneubau-projekt des Reiches beizustimmen... Sie muß auf Grund ihrer Verfassungsrechtlichen Lage den Vorbehalt machen, daß die hier notwendigen rechtlich-formalen Voraussetzungen erfüllt werden...« Die SK meinte damit, daß zu der Übertragung der Vermögensrechte die Zustimmung des Königlichen Patrons für Kirche und Schule eingeholt werden müßte, ehe sie rechtskräftig werden könnte, wie sie auf der nächsten Sitzung am 11. Oktober 1940 präziserte, In dieser Sitzung distanzierte sich die SK auch praktisch von allem, was um diesen Schulbau herum geschah, indem sie protokollierte: »Die SK erklärt jedoch ausdrücklich, daß sie den Ankauf des geplanten Schulgrundstücks sowie den gesamten geplanten Schulhausneubau als außerhalb ihrer Funktionen und Kompetenzen liegend betrachtet.« Über eine Änderung der Verfassung der Schule müsse wegen der königlichen Privilegien zwischen Deutschland und Dänemark direkt verhandelt werden. So lange solche Verhandlungen nicht abgeschlossen seien, müßten die Rechte der jetzigen SK von allen Seiten respektiert werden.

Zur feierlichen Grundsteinlegung am 24. Januar 1942 waren der Vorsitzende der SK und der königliche Patron zwar eingeladen worden, sie waren aber beide demonstrativ nicht erschienen.

#### *11. Keinen »betont nationalsozialistischen Direktor«*

Im Herbst 1943 — die Politik der Zusammenarbeit mit der dänischen Regierung hatte aufgehört, und damit war der Einfluß des Auswärtigen Amtes auf die Verhältnisse in Dänemark schwächer geworden — kam auch der neue Schulleiter in Schwierigkeiten. Dr. Maywald hatte im Herbst 1943 nach dem Sturz Mussolinis im Lehrerzimmer der Schule geäußert, daß Hitler bestimmt auch schon seine Eisenbahnfahrkarte in die Schweiz in der Tasche habe, und war denunziert worden. Er trat zurück und bat die SK »infolge eines Herzleidens und Nervenzerrüttung« um Beurlaubung.

Noch immer wirkte es sich aus, daß man 1933 gelernt hatte, mit der St.-Petri-Schule vorsichtig umzugehen, denn die SK konnte jetzt einen neuen Schulleiter wählen, von dem sie wußte, daß er auch von den dänischen Behörden anerkannt werden und das wichtige Prüfungsrecht erhalten würde. Es war Dr. Gäde, der bis dahin Leiter des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig in Apenrade gewesen war. Von ihm hatte der damalige Unterrichtsinspektor für die Gymnasien Dr. Højberg-Christensen im August 1933 — also zu der Zeit, als auch die erste Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten an der St.-Petri-Schule stattfand — in einem Gespräch mit dem schleswig-holsteinischen Oberschulrat Dr. Eduard Edert gesagt, er schätze ihn und halte ihn für durchaus loyal, aber »sollte Dr. Gäde durch einen anderen, etwa betont nationalsozialistischen Direktor ersetzt werden«, sei es möglich, »daß die Examensberechtigung zurückgezogen oder vielmehr dem neuen Leiter nicht mehr erteilt werden würde«.

Dr. Højberg-Christensen war seit 1942 Unterrichtsminister, und obgleich es seit dem 29. August 1943 keine dänische Regierung mehr gab und auch keinen direkten offiziellen Schriftwechsel der St.-Petri-Schule mit den als »Departmentschefregierung« weiterarbeitenden dänischen Behörden, so gab es für sie immer noch den königlichen Patron, über den die Verbindung in dieser Zeit aufrechterhalten wurde. Durch ihn konnte sich die SK über die Meinung von Dr. Højberg-Christensen informieren lassen. An seinen Rat hat sie sich ganz offensichtlich gehalten. Die deutsche Besatzungsmacht mischte sich nicht ein, was erstaunen kann, denn Dr. Gäde wäre nicht der Mann gewesen, der das Riesenprojekt der neuen »Deutschen Schule Kopenhagen« mit nationalsozialistischem Geist hätte füllen können. Nach Kriegsende wurde er zwar für eine kurze Zeit inhaftiert, konnte aber bald nach Apenrade zurückkehren und ein Jahr später als ein freier Mann das Land verlassen.

12. »... da sie (als Jüdin) auf keine deutsche Schule mehr gehen soll«.

Manche Fragen sind hier selbstverständlich noch offen geblieben. Neben der grundsätzlichen Haltung der Schulleitung und des Schulvorstandes, die die Schulen nach außen gegenüber der Deutschen Gesandtschaft und dem AA und in Verbindung mit dem königlichen Patron und dem Unterrichtsministerium auch gegenüber der dänischen Regierung vertraten, gab es ja noch die tägliche Unterrichts- und Erziehungsarbeit und auch die täglichen Verwaltungsakte im Büro der Schule.

Wieviel von nationalsozialistischem Gedankengut ist in Unterricht und Erziehung in der Schule vermittelt worden? Sind antisemitische Gedanken und Haltungen vermittelt oder auch in Handlungen zum Ausdruck gebracht worden? Wie hat man die vielen jüdischen Schüler, die die Schule damals besuchten, behandelt? Wie sind die Kinder von deutschen Emigranten und politischen Flüchtlingen aufgenommen worden? Kamen sie überhaupt in die St.-Petri-Schule?

Hier schweigen unsere Quellen fast ganz, und wir sind auf Erinnerungen ehemaliger Schüler und der wenigen noch lebenden Lehrer aus dieser Zeit angewiesen. Der Historiker bewegt sich auf sehr unsicherem Boden. Dennoch gibt es einige Hinweise in Protokollen und Aufzeichnungen zu einigen Vorgängen. Zum Beispiel zur Behandlung jüdischer Kinder und der Kinder von Emigranten.

So schrieb der Deutsche Gesandte schon am 15. 8. 1933 einen Brief unter dem Betreff: »jüdische Kinder an der St.-Petri-Schule«, in dem es hieß, daß sich das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen vom 25. 4. d. J. in seinen Bestimmungen über Nichtarier nur auf Reichsdeutsche beziehe und keine Gültigkeit für deutsche Auslandsschulen besitze. Deren Vorstände könnten über die Aufnahme oder Nichtaufnahme von Schülern nach eigenem Ermessen auf Grund der örtlichen Verhältnisse entscheiden.

Gab es einen Grund für diese Mitteilung gerade an die St.-Petri-Schule, oder wurde dies allen deutschen Schulen im Ausland gesagt? Die St.-Petri-Schule hatte in den zwanziger Jahren erstaunlich viele jüdische Kinder aufgenommen, und viele von ihnen waren auch jetzt noch an der Schule. So mancher jüdische Einwanderer

aus Osteuropa hatte es, da man zu Hause Jiddisch sprach, für ganz natürlich gehalten, seine Kinder in die deutsche Schule zu schicken. Von August 1921 bis Ende 1932 waren 34 jüdische Kinder aufgenommen worden, von denen übrigens 14 Kinder von Schneidern waren. Aber auch die russische Gesandtschaft und die russische Handelsvertretung benutzten zwischen 1925 und September 1933 die St-Petri-Schule für die Kinder ihrer Diplomaten und Angestellten. Bis Januar 1934 waren diese allerdings alle wieder nach Rußland zurückgekehrt.

Wieder war es Hans Wäsche, der die Außenseiterstellung jüdischer Kinder an der Schule bewußt machte, als er sich im Herbst 1933 weigerte, einen jüdischen Schüler, der inzwischen längst den skandinavischen Namen seines dänischen Adoptivvaters trug und in der Schule als Dissident, also nicht mehr »mosaisch« geführt wurde, auf eine Klassenreise nach Deutschland mitzunehmen. Wäsche mußte eine Erklärung dazu abgeben und Direktor Leonhardt an die Gesandtschaft berichten, denn die Sache hatte sich herumgesprochen, und das war katastrophal für das Ansehen der Schule in Dänemark und für das alte Vertrauen bei einem großen Teil ihrer Klientel.

Im Hauptprotokoll der Realschule finden wir ab 1934 bis 1939 und ganz besonders im Herbst dieses Jahres eine Menge rein deutschsprachiger Schüler, die erst vor kurzem aus Deutschland gekommen waren, aber schon bald wieder abgemeldet wurden mit der Begründung, »weil er/sie auf eine dänische Schule gehen soll«, oder »Umschulung auf die dänische Kommuneschule«.

Eine Begründung dafür liegt vielleicht in der folgenden Geschichte, die Dr. Praetorius erzählt, der damals als junger Studienassessor dabeigewesen ist: Bei einer Abschlußprüfung im Jahr 1938 soll der Ministerialrat aus Berlin als Prüfungsvorsitzender einem sehr begabten und tüchtigen Prüfling, der aber als Sohn eines jüdischen Kaufmannes aus Nürnberg als Emigrant in Dänemark lebte, statt der verdienten sehr guten Note gegen den Willen der Fachlehrer nur ein »Befriedigend« gegeben haben mit der zynischen und diskriminierenden Begründung, ihm fehle der »freie deutsche Blick«. Ein Jahr später wird auch die Schwester abgemeldet, »da sie auf die dänische Schule gehen sollte«.

Bei anderen Emigrantenkindern lesen wir, »da Eltern nach Schweden gingen«, »Eltern nach Syrien«, »da Familie nach Amerika ging« oder »gingen nach London unter Nichtbezahlung des Julimonats und Hinterlassung großer Restancen«, wobei man aus heutiger Sicht mehr Mitgefühl mit der Situation von politisch oder rassisch Verfolgten gewünscht hätte.

Am stärksten wirkt eine Eintragung vom 12. 10. 1936, wo als Grund für die Abmeldung einer Schülerin angegeben wurde: »da sie (als Jüdin) auf keine deutsche Schule mehr gehen soll«. Hier wurde die St.-Petri-Schule ganz selbstbewußt abgewählt, ähnlich wie der ältere Bruder dieser Schülerin, der Schauspieler und Regisseur Sam Besekow, sie für sich selbst schon 1926 abgewählt hatte, was er in seinen Erinnerungsbüchern wiederholt einfließen läßt. Es gibt heute in Kopenhagen noch eine

ganze Reihe von bekannten Familien, die von jüdischen Einwanderern ab etwa 1905 stammen, deren Kinder seinerzeit zuerst in die St.-Petri-Schule geschickt wurden. Sie sind heute Künstler, Schriftsteller, Akademiker in wichtigen und angesehenen Positionen. Die hier überlieferten Erinnerungen an eine Schulzeit in der St.-Petri-Schule verschmelzen oder vermischen sich vielleicht manchmal mit den geschichtlichen Erfahrungen, die sie später mit Deutschland und der deutschen Besatzungsmacht haben machen müssen. Auf diese Weise muß die Schule immer noch mit der »Gegenwart der Vergangenheit« rechnen, auch wenn sie heute glücklicherweise als deutsche Auslandsschule der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der gleichen Ideen arbeiten kann, auf denen — im Sinne des kritischen dänischen Leserbriefschreibers vom Mai 1933 — die dänische Gesellschaft aufgebaut ist. Der Schaden, der damals angerichtet worden ist, läßt sich nicht in einer Generation aus der Welt schaffen.

### 13. *»... während des ganzen Krieges loyal gegenüber Dänemark«*

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand die Gefahr, daß die St.-Petri-Schule wie alle anderen deutschen Schulen in dem von deutschen Truppen besetzt gewesenen europäischen Ausland auch, geschlossen werden würde. Das geschah aber nicht. Zwar wurde das Gym-



nasium durch einen Beschluß der SK vom 22. Juni 1945 suspendiert, aber die übrige Schule arbeitete weiter, wenn auch mit sehr kleiner Schülerzahl. Erst 1948/49 wurde eine Schließung der Schule ernsthaft gefordert, weil sie eine Schuld gegenüber dem dänischen Staat von 900.000 Kronen, die sie im Laufe der Besatzungszeit aus dem Clearingkonto bekommen hatte, nicht zurückzahlen konnte. In zähen Verhandlungen erreichte der Vorsitzende der SK, es war immer noch Hauptpastor Görnandt, der an den Bindungen des Schulvorstandes durch die alten Privilegien der Schule und an der Zusammenarbeit mit dem königlichen Patron, Kammerherrn Bardenfleth, während der ganzen Kriegs- und Besatzungszeit festgehalten hatte, daß die Schuld erlassen wurde. Der damalige sozialdemokratische Unterrichtsminister Hartvig Frisch sagte dazu in einem Interview in »Berlingske Tiden- de« vom 18. 4. 1949: »Wir hätten sie schließen können, aber das wäre schade gewesen, denn die Schule ist während des ganzen Krieges Dänemark gegenüber loyal gewesen. Sie ist so gesehen auch eine alte dänische Schule, denn sie wurde schon zur Zeit Friedrichs II. errichtet...« Auf dem Hintergrund der geschilderten Haltung der SK von 1932 bis 1945 muß man diese Äußerung von Hartvig Frisch für gerechtfertigt halten.

Aber die Rolle, die Hartvig Frisch hier in einem entscheidenden Augenblick der langen Geschichte der St.-Petri-Schule gespielt hat, hat noch einen anderen Aspekt, der sehr gut die enge Verflechtung der Geschichte der Schule mit der dänischen Kulturgeschichte verdeutlicht: Hartvig Frisch war ein Urenkel der anfangs erwähnten Pauline Maria Tutein, deren Portrait von Jens Juel heute den 20-Kronenschein ziert und die 1797 durch eine namhafte Geldspende Mitstifterin der St.-Petri- Mädchenschule geworden war. Als Kulturhistoriker muß er das gewußt haben.

#### ANMERKUNG:

Der vorliegende Aufsatz ist die erweiterte und überarbeitete Fassung eines Vortrages, der am 17. April 1985 vor der Generalversammlung der Dänisch-Deutschen Gesellschaft in der St.- Petri-Schule sowie im Herbst 1985 vor einem Kreis der St.-Petri-Gemeinde und im Frühjahr 1986 vor dem St.-Petri-

Schulverein gehalten worden ist.

In der Vortragsfassung gedruckt in: BEGEGNUNG — Deutsche Schulen im Ausland — 1/1986, S. 26-32. Herausgeber: Auswärtiges Amt, Bonn. Bundesverwaltungsamt — Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, Köln.

#### QUELLEN:

Die Akten im Archiv der St.-Petri-Schule.

#### LITERATUR:

1. Die St.-Petri-Schulen in Kopenhagen 1575-1975, ihre 400jährige Geschichte, Kopenhagen 1975.
2. 50 Jahre Deutsches Gymnasium in Nordschleswig — Eine Festschrift — Band 1, 1930-1945 Apenrade 1980
3. Bjarne Nielsen Brovst, Kaj Munk — Liv og dod Centrum 1984, 2. udgave.
4. oplag 1985 — Die falschen Angaben in der »Kronik« der Zeitung Politiken vom 4. Januar 1984 sind in der Buchausgabe korrigiert worden.
4. Sigurd Thorsen, Ernst Kaper — Efterladte Memoireblade. Liv og Virke, Kobenhavn 1944 Gyldendalske Boghandel Nordisk Forlag.
5. Leonidas E. Hill, Alternative Politik des Auswärtigen Amtes bis zum September 1939, in Publikationen der Historischen Kommission zu Berlin. Der Widerstand gegen den National Sozialismus, Piper, München 1985.
6. Liesner, Geissler, Steinebach: Menschenschicksale — nach Originalakten — Staatsangehörigkeitsgesetze 1933-1945, Machtinstrumente des Dritten Reiches, Verlag Rehms 1986.
7. Sam Besekow, Skrædderens Søn — Uvederhæftige virkelighedsbetragtninger, Borgens For lag 1964.

## Die Königin bei der Volksgruppe

*Am 24. Juli 1986 besuchte die dänische Königin Margrethe II. in Begleitung des Prinzgemahls die deutsche Volksgruppe in Nord-schleswig. Es war ein Ereignis, das für das Leben der Deutschen drüben gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Es wird in die Geschichte der Volksgruppe eingehen. Alle Berichte und Kommentare in Presse, Rundfunk und Fernsehen sowohl auf dänischer wie auf deutscher Seite heben den Rang dieser Visite hervor. Das Staatsoberhaupt des Königreichs Dänemark besucht seine deutschen Bürgerinnen und Bürger im Grenzland und erweist ihnen Anerkennung und Respekt, und zwar weil sie sich als dänische Staatsbürger bekennen und das Leben in ihrer Heimat mit vollem Einsatz mitgestalten, und sicher auch deshalb, weil sie an ihrem Deutschsein, an ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Volk, zur deutschen Sprache und Kultur fest halten. Dieser freundliche Zuspruch der in Dänemark hochgeschätzten Königin wird für das Ansehen der deutschen Volksgruppe in der dänischen Gesellschaft nicht ohne Folgen bleiben. Und das ist gut so. Viele Menschen auf beiden Seiten der Grenze müssen noch lernen, unbefangen und frei mit den Minderheiten umzugehen. Die Königin hat ein Beispiel gegeben. Sie verdient dafür unser aller Dank. Der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Gerhard Schmidt, hat diesen Dank der Volksgruppe in seiner Tingleffer Rede formuliert. Im folgenden bringen wir seine und die Ansprache der Königin im Wortlaut (in deutscher Übersetzung).*

Ansprache des BdN-Hauptvorsitzenden Gerhard Schmidt

»Ihre Majestät, Ihre Königliche Hoheit, meine Damen und Herren, für die deutsche Volksgruppe ist es eine große Ehre, das Regentenpaar hier in Tingleff willkommen heißen zu können. Mit diesem offiziellen Besuch beim deutschen Bevölkerungsteil in Nordschleswig wird heute Grenzlandgeschichte geschrieben!«, begann Gerhard Schmidt auf dänisch und fuhr in deutscher Sprache fort:

»Sie, Ihre Majestät und Ihre Königliche Hoheit, und wir wissen: Nordschleswig ist durch die äußeren Gegebenheiten ein Land eigener Prägung. Unablässig, Jahrtausend um Jahrtausend, zieht von Osten wie von Westen Welle auf Welle an den Strand, sanft, blauen Himmel spiegelnd, zuweilen dann drohend, stürmisch, ungezügelt. Ihr Plätschern, Rauschen, Toben begleitet die Menschen zu allen Zeiten, gehört zu deren Heimat gemeinsam mit dem raschen Wechsel von Stille und Sturm. Und wie die Wellen von Ost nach West sich auf die Strände ergießen, so fluten unablässig geistige Ströme von Nord nach Süd und von Süd nach Nord, begegnen einander, branden auf, mischen sich miteinander in buntem Treiben, spielerisch, freundlich manchmal, zu anderen Zeiten in zähem, verbissenem, oft fruchtlosem Kampf, ja, schwere Stürme und Unwetter haben auch Wellen der Not mit sich geführt, die Unglück über dieses Land brachten. Dafür tragen wir als deutsche Minderheit eine Mitverantwortung vor der Geschichte, der wir uns als Deutsche auch künftig stellen.

In die Wellen, in die Wogen, in dieses Branden hineingestellt ist die deutsche Volksgruppe und versucht von ihrem besten Willen her, Träger guten deutschen Geistes, guter deutscher Kultur zu sein. Über ihre Geschichte ist, ebenso wie über ihre Grundlage, viel nachgedacht und geschrieben worden. Wer aber vermag sie in letzter Konsequenz in ihrer heutigen Eigenart zu begründen? Tatsache ist, daß sie lebt und leben will!

Die Wellen des Geistes haben uns Leben gebracht. Dies läßt sich an sehr vielen Beispielen aus allen Gebieten der Kultur verdeutlichen. Es sei mir gestattet, ein Gebiet herauszugreifen, von dem wir wissen, daß es Ihrer Majestät persönlich am Herzen liegt.

Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig fühlt sich der evangelisch-lutherischen Verkündigung verbunden. Das ist kein Zufall. Wenn der Geist der Reformation sehr früh und sehr innig von Menschen dieses Landstriches angenommen wurde, wenn Hadersleben sogar das »Wittenberg des Nordens« genannt wird, so ist der Grund nicht zuletzt die herzliche Verbindung zwischen Prinz Christian, dem späteren König Christian III., und Martin Luther gewesen. Ihr Briefwechsel macht das stetige Bemühen Christians III. deutlich, Luther seine Dankbarkeit zu zeigen. Der Reformator ließ sich davon überzeugen, daß die Gaben des dänischen Königs aus einem reinen Herzen kamen. Sie waren das Zeichen wahrer innerer Verbundenheit. Er freut sich deshalb über die »Liebespakete«, die regelmäßig aus Dänemark in Wittenberg eintrafen, anfangs übrigens in Form von Naturalien, bestehend aus »Sild og Smør«.

Unser verstorbener Heimatdichter Hans Schmidt-Gorsblock hat einem seiner Bücher den folgenden Titel gegeben: »Menschen zwischen den Meeren«. Als Menschen zwischen den Meeren, an denen die geistigen Wellen zweier Kulturen sich brechen, sind wir deutschen Nordschleswiger uns der beiderseitigen Beeinflussung und der Wechselwirkung vollauf bewußt, die auch in Zukunft in einem friedlichen, kulturellen Wettbewerb ihren Ausdruck finden werden.

Wenn wir in Freiheit in den Städten innerhalb der dänischen Völkirche unser kirchliches Leben gestalten können, und wenn die »Nordschleswigsche Gemeinde« deutsche Menschen auf dem Lande in der äußeren Form der Freigemeinde betreut, so wird darin der Einfluß des dänischen Kirchenmannes Grundtvig deutlich. Obwohl Grundtvig dem deutschen Einfluß in Dänemark außerordentlich kritisch gegenüberstand, so räumte er als entschiedener Befürworter der Freiheit auf sämtlichen Gebieten des Geisteslebens doch auch der deutschen Sprache und Kultur in Kirche und Schule dort, wo dies von der Bevölkerung gewünscht wurde, ein selbstverständliches Recht ein im Sinne seiner Worte:

»Freiheit sei unsere Losung im Norden / Freiheit für Loki und Freiheit für Thor / Freiheit für alles, was stammt vom Geist.«

Daß gerade dieser Grundsatz des dänischen Geisteslebens sich seit 1920 auch in kritischen Zeiten für die deutsche Volksgruppe durchsetzte, soll am heutigen Festtag dankbar hervorgehoben werden.

Lassen Sie mich als Beispiel Ihren Großvater Christian X. nennen, der bei seinem Besuch auf dem Hadersiebener Klosterfriedhof im Juni 1928 auch einen Kranz am deutschen Gefallenendenkmal niederlegte. Das Apenrader Tageblatt schrieb damals über den »pietätvollen Entschluß des Königs, weil er auch an den deutschen Steinen Rosen niederlegte«, für die man auf dänischer Seite gar keinen Schmuck vorgesehen hatte.

Wir wünschen uns, daß das heutige Verhältnis der deutschen Volksgruppe zum Königreich Dänemark und zu seinem Königshaus so gesehen wird: Eine durch die Wellen der Zeit geprägte, eigenständige und auch manchmal eigenwillige Gruppe von Menschen, die ihre Heimat lieben und die als loyale, zuverlässige Partner zum kulturellen Reichtum in diesem Landesteil beitragen. Ja, wir wünschen uns sogar, daß wir ein wenig in ihrem Bild leben dürfen wie die Menschen in dem niederdeutschen Lied vom Eekboom, der Eiche. Da steht die Königsfamilie vor dem starken Baum, und der König fragt verwundert, wie dieser sich so mächtig habe entwickeln können. Ihm wird zur Antwort, die Kraft der am Meeresstrande wohnenden Menschen allein habe dies bewirkt.

Worauf die Königstochter — möge sie hier für unsere Königin als Tochter eines traditionsreichen Hauses stehen! — ausruft, nun wisse sie von einer Stätte der Geborgenheit: Dort, wo Menschen ihre Eigenart frei errungen und bewahrt hätten, dürfe man sich in Zeiten der Not sicher fühlen.

Keine europäische Volksgruppe kann sich freier entfalten und sich größeren Verständnisses seitens der Herbergsstaaten erfreuen als

die nationalen Minderheiten an der deutsch-dänischen Grenze. Dafür legt auch der heutige Besuch des Regentenpaares ein klares Zeugnis ab.

Wir deutschen Nordschleswiger danken Folketing und Regierung ebenso wie dem Amt Nordschleswig und den Kommunen für diese Minderheitenpolitik, auch wenn es noch immer ungelöste Probleme gibt. Ihrer Majestät aber danken wir als deutsche Nordschleswiger ganz besonders dafür, daß Sie sich zugunsten einer freien kulturellen Entfaltung aller Bürger ausgesprochen haben. Dafür, daß wir alle ein Recht haben dazusein, daß wir füreinander und miteinander unter Wahrung der jeweiligen Eigenart dasein sollten! Ja, vielleicht dürfen wir uns hier sogar jenen Worten über den Wert des kulturellen Austausches und Erbes zwischen dem Süden und dem Norden anschließen, die Ihre Majestät kürzlich in einem Interview aussprach: »Wenn man bei Flensburg einen Eisernen Vorhang herablassen würde, würde viel verloren gehen.«

Vor diesem Hintergrund erscheinen jene Spannungen, Streitigkeiten und Irritationen, die es in einem Grenzland zwischen Mehrheit und Minderheit immer geben wird, hoffentlich immer nur als kleine unbedeutende Wellenschläge, die das feste Fundament der Brücke guter Nachbarschaft zwischen Deutschen und Dänen nicht gefährden. In unserer nordschleswigschen Heimat muß dabei jeder Einzelne seinen Standort finden. Eigenart und Stolz auf die eigene Welt schließen indessen die Achtung anderen Menschen gegenüber nicht aus. Und wir deutschen Nordschleswiger danken dem dänischen Königshaus, das ja auch unser Königshaus ist, für manche Worte, manche Taten, die uns die Achtung bezeugten, nicht zuletzt die Erklärung Ihrer Majestät über das Verhalten gegenüber volklischen Minderheiten in Ihrer Neujahrsansprache 1985.

Wir können darauf nur mit Adelma in Schillers Turandot antworten: ‚Ein königliches Herz fühlt königlich‘«, sagte Gerhard Schmidt und schloß seine Rede dänisch: »Dies veranlaßt uns umso mehr, dem Regentenpaar von ganzem Herzen für den Besuch bei der deut-

schen Volksgruppe in Nordschleswig zu danken! Vielen, vielen Dank!«

## Ansprache ihrer Majestät der Königin Margrethe II.

Der Prinzgemahl und ich danken Ihnen für die vielen freundlichen Worte, die an uns gerichtet wurden, und ebenfalls für den freundlichen und herzlichen Empfang, der uns im Laufe des heutigen Tages zuteil wurde. Wir haben beide mit großer Freude gemerkt, wie die deutsche Minderheit in Nordschleswig ihr Gefühl der Gemeinsamkeit und der Zusammengehörigkeit mit der Gegend und dem Land, worin sie leben, zum Ausdruck bringt.

Während meiner ganzen Kindheit habe ich jeden Sommer in Sonderjylland verbracht, und ich habe das Gefühl, daß ich gewissermaßen hier aufgewachsen bin. Es kam deshalb ganz natürlich, daß ich mir schon früh der Minderheiten sowohl im Norden als im Süden bewußt wurde. Später las und hörte ich mehr über die Lebensbedingungen der Minderheiten und habe versucht, mich in die Herausforderung, die es ist, in Deutschland Däne zu sein oder in Dänemark Deutscher zu sein, einzuleben. Südlich der Grenze bin ich schon gewesen; es ist aber das erste Mal, daß ich den deutschen Volksteil in unserem eigenen Land besuche und etwas von dem sehe, woraus sein besonderes Dasein besteht.

Dem Prinzgemahl und mir ist es eine Freude und ein Erlebnis gewesen, und wir haben ein tieferes Verständnis für das Leben und den Alltag der Minderheit gewonnen. Wir sind alle Menschen an einem bestimmten Ort und in einem bestimmten Zusammenhang, und das Bewußtsein dessen macht uns zu einem Teil eines Volks — mit eigener Geschichte, eigener Sprache und eigenen Institutionen.



Heute war es nur möglich, einen Teil der vielen Aktivitäten zu sehen, die die Minderheit aufgebaut hat; es gibt aber überall im ganzen Landesteil Schulen, Kindergärten und Vereine jeglicher Art. Es ist wahrhaftig beeindruckend und anerkennenswert, und es zeugt von Lebenswillen und von Zusammengehörigkeit. Es ist ebenfalls erfreulich zu sehen, wie deutsche und dänische Institutionen nebeneinander leben können. Dies kann jeder, der sich im Landesteil aufgehalten hat, spüren, und es trägt dazu bei, Sønderjylland seine Eigenart zu verleihen.

Die Mehrheitsbevölkerung hat *ihre* Wurzeln, und die Minderheit *die ihrigen*, aber einige der Wurzeln sind gemeinsam. Denn alle beide sind mit der gemeinsamen Heimat gleich eng verbunden und haben das gleiche Interesse daran, ihre Möglichkeiten zu entwickeln und zu fördern. Für die Minderheit ist es aber wichtig, an ihrer Eigenart festhalten zu können. In dem kleinen Kreis, wo man sich gut kennt, kann man den engen Kontakt pflegen, und man kann sich der Zusammengehörigkeit mit anderen Gleichgesinnten erfreuen und das warme Selbstbewußtsein, das oft ein Kennzeichen gerade der kleineren Einheiten ist, entwickeln. Diese Zusammengehörigkeit trägt dazu bei, sich aufzurichten, sie kann es erleichtern, Zeiten des Unglücks und der Umwälzungen zu ertragen, und sie wird stärker, wenn man sich in Gemeinsamkeit freuen kann.

Die Minderheit darf sich nicht — und will sich nicht der Umwelt verschließen. Ich verstehe, daß es eine besondere Erneuerung und Ermunterung war, daß die deutsche Volksgruppe 1983 in Kopenhagen ihr eigenes Sekretariat bekam, wodurch der Kontakt zu Folketing und Regierung enger geworden ist. Kontakt und Zusammenarbeit mit der umgebenden Gesellschaft sind für die Minderheit eine Notwendigkeit, genauso notwendig wie die innere Stärke. Und diese zweiseitige Aufgabe — die Identität zu bewahren und gleichzeitig den Kontakt mit der umgebenden Gesellschaft zu pflegen — verlangt viel Kraft. Sie kann nur von lebenden Institutionen und von

einer lebenden Kultur und durch eine starke innere Zusammengehörigkeit bewältigt werden. Daß dies bisher der deutschen Minderheit in Nordschleswig gelungen ist, verleiht dem Leben in diesen Gegenden eine zusätzliche Dimension und macht unser Grenzgebiet reizvoll.

Am Ende dieses Besuches möchten der Prinzgemahl und ich unseren herzlichen Dank für die Gastfreundschaft, die uns überall zuteil wurde, zum Ausdruck bringen. Es ist meine Hoffnung, daß die Arbeit der deutschen Minderheit auch in Zukunft Früchte tragen möge, und daß die Gegend, die Ihre Heimat ist, auch durch Ihren Einsatz als Bürger und Mitglieder der dänischen Gesellschaft weiterhin gedeihen und blühen möge.

## Schleswig-Holstein und Dänemark als europäischer Raum

Referat zur Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes am 3. Mai 1986 in Schleswig

»Schleswig-Holstein und Dänemark als europäischer Raum«: Das Thema unterstellt das gemeinsame Europäische. Über historische Verantwortung und gemeinsame regionalpolitische Interessen ist in diesem Zusammenhang schon sehr oft gesprochen worden. Sehr wenig — zu wenig — wurde über die Frage geredet, ob etwas von dem Geist besonderer Bindung im Grenzland in die europapolitische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland und des Königreiches Dänemark eingehen kann.

Die Frage lautet: Gibt es in der Europapolitik eigentlich das, woran Schleswig-Holstein ein besonderes Interesse haben sollte: gemeinsame deutsch-dänische Ziele und Interessen, enge Abstimmung und gemeinsames Vorgehen?

Die Antwort ist: Es gibt dies alles gegenwärtig nicht im wünschenswerten Maß. Das Mögliche auf diesem Feld wurde häufig nicht gemacht. Mehr noch: Manche Chance wurde leichtfertig auch durch Fehlleistungen der bundesdeutschen Außenpolitik vertan.

Niemand zweifelt beispielsweise an der Notwendigkeit enger deutsch-französischer Kooperation in der EG. Aber die Methode, die anderen Mitgliedstaaten durch deutsch-französische Vorabsprachen vor vollendete Tatsachen zu stellen, ist auch eine demonstrative Absage Bonns an eine ebensolche Gesprächsbereitschaft gegenüber Kopenhagen.

Die Reform der EG wurde unter der Überschrift »Europäische Union« diskutiert. Union — welch ein belasteter Begriff in Nordeuropa. Seine Miterfinder im deutschen Außenministerium hatten offenbar die Sensibilität einer Dampfwalze. Dem europapolitischen Verhältnis Dänemark-Bundesrepublik Deutschland hat das nicht genützt.

Die Entscheidung der Bundesregierung, die Luxemburger Akte zu unterzeichnen, bevor die Volksabstimmung in Dänemark durchgeführt worden war, war ein bedauerliches Zeichen für mangelnden Respekt vor der demokratischen Tradition des dänischen Volkes.

Diese drei Beispiele sind symptomatisch. Nicht nur die Europäische Gemeinschaft erfährt eine Orientierung nach Süden. Auch die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland folgt diesem Trend. Es ist bedauerlich, daß sich die deut-

sche Außenpolitik in der Zwischenzeit in der Seele von Monsieur Dupont, dem typischen Franzosen, besser auszukennen scheint als im Herzen von Peter Petersen aus Dänemark. Das alles müßte nicht so sein. Gerade die Europapolitik wäre ein lohnendes Feld gemeinsamer Ziele und Interessen, enger Abstimmung und gemeinsamen Vorgehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark.

Dazu müßten wir aber erstens mit Vorurteilen aufräumen, zweitens unsere europapolitische Grundeinstellung überdenken und drittens unsere gemeinsamen Interessen beschreiben. Wir, das heißt hüben und drüben.

### *Die Vorurteile*

Viele Deutsche halten die Dänen für ein Volk von Anti-Europäern. Viele Dänen halten die EG für eine besonders geschickte Tarnung wirtschaftlicher Großmachtinteressen der Bundesrepublik Deutschland.

Vorsicht wäre angebrachter — hier wie dort.

Es ist wahr: Viele Dänen sind gegen die Europäische Union, gegen Veränderungen der Rolle der EG-Institutionen und gegen mehr Rechte für das Europäische Parlament. Aber Dänemark war in der EG immer dann auch besonders konstruktiv, wenn es um Sozialpolitik, Umweltschutz oder gemeinsame Antworten auf die Wirtschaftskrise ging.

Es ist auch wahr: Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat sich öffentlich zur Europäischen Union bekannt. Aber der europapolitische Bonner Alltag hält beileibe nicht immer das, was die Sonntagsreden versprechen. Das galt für die SPD-Regierungszeit sowie für die heutige Bonner Koalition: Das deutsche Veto gegen die Reform der europäischen Agrarpolitik, der deutsche Widerstand gegen die Stärkung des Europäischen Währungssystems, die deutsche Halbherzigkeit bei der gemeinsamen europäischen Technologiepolitik und manch andere Entscheidung der letzten drei Jahre haben den europapolitischen Lack der Bundesrepublik arg zerkratzt.

Wir sollten also hüben und drüben unsere Vorurteile überprüfen: Nicht jeder Däne, der gegen die Europäische Union ist, ist deshalb auch schon ein Antieuropäer. Und nicht jeder Deutsche, der für die Europäische Union ist, ist deshalb auch schon ein konstruktiver Europäer.

### *Die europapolitischen Grundeinstellungen*

Überdenken müssen wir vor allem unsere Illusionen von der Allmacht des Nationalstaates. Diese Illusionen verführen viele Menschen und die Regierungen diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze immer wieder zu falschen

Alternativen zwischen nationalem Interesse und der Europäischen Gemeinschaft.

Das gilt für die Bundesrepublik Deutschland, wenn man etwa ohne europäische Rücksichten mit deutsch-amerikanischen Sonderabsprachen zu SDI die Einheit der europäischen Forschungspolitik kurzerhand vom Tisch fegt.

Wenn es nur um deutsche Wurst, deutsches Bier und deutsche Industrie ginge — nun gut. Aber die Vorstellung von der Überlegenheit des »Made in Germany« verbindet sich neuerdings immer häufiger mit der Geisteshaltung derer, die deutschen Schulkindern das Absingen aller drei Strophen des Deutschlandliedes empfehlen. Alles zusammen ergibt bisweilen eine brisante antieuropäische Denkweise und Praxis: So speist sich das in der Sache völlig unbegründete Sendungsbewußtsein, mit dem die Deutschen die vermeintliche Reinheit ihres Bieres gegen das feindliche Ausland verteidigen, sich im nationalen Alleingang an SDI beteiligen oder Wackersdorf gegen Österreichs Widerstand durchpauken, auch aus der Inbrunst, mit der viele heute wieder »von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt...« singen.

Ungeachtet ungezählter Sonntagsreden — die Deutschen haben europapolitisch noch eine Menge zu lernen. Was nicht heißt, in Dänemark müsse man das nicht. Illusionen von der Allmacht des Nationalstaates tragen (neben tiefsitzenden historischen Erfahrungen) dort wohl auch dazu bei, die Furcht vieler Dänen um die politische Souveränität und die nationale Identität ihres Landes zu nähren. Eine Furcht, die vor allem dann auftritt, wenn es um den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft geht. Diese Haltung erfordert zunächst einmal Respekt. Vor allem von seiten der Deutschen, deren nationale Identität nicht mehr in der EG verlorengehen kann, weil sie durch eigene Schuld mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges unwiederbringlich zerstört wurde.

Aber bei allem Respekt: Dieser Haltung liegt auch ein großes Mißverständnis zugrunde: Es ist nämlich nicht die EG, die die nationale Souveränität Dänemarks in Frage stellt.

#### *Mit oder ohne EG:*

Der Traum nationaler politischer Souveränität ist ausgeträumt. Die europäischen Nationalstaaten haben an Macht und Einfluß verloren. Sicherheitspolitisch drücken ihnen die Supermächte mit neuen Waffensystemen und Strategien die Luft ab. Europas Risiko wird größer, sein Einfluß kleiner. Wirtschaftlich ist Westeuropa von Auszehrung bedroht. Es exportiert Arbeitsplätze aus den klassischen Industrien. Und es verliert des Rennen um die Früchte der dritten industriellen Revolution. Heute sind es die Arbeitsplätze, morgen ist es der europäische

Sozialstaat, der im pazifischen Dreieck verschwindet — im Namen der »Wettbewerbsfähigkeit« Europas.

Europa blüht die Hegemonie der wirtschaftlichen und militärischen Großmächte. In dieser Lage machen wir immer noch Politik nach dem Schulbuch. Wir tun so, als werde Politik in Kopenhagen oder Bonn entschieden. Wir führen nationale Wahlen, als entscheide sich in ihnen das Schicksal der Nation. Und als gebe es weder NATO noch Weltbank, weder Multis noch internationale Kapitalmärkte. Wir träumen von nationaler Souveränität. Wir pflegen die Lüge von der Allmacht des Nationalstaats. Wir leugnen die international gesetzten Grenzen für den Handlungsspielraum jeder Regierung. Und wir verschlafen es, auf die Bedrohung der politischen und ökonomischen Eigenständigkeit Europas europäisch zu antworten. Dies alles ist weder eine Rechtfertigung für nationales Nichtstun noch die Begründung einer neuen europapolitischen Heilslehre. Es ist auch kein Plädoyer gegen den Nationalstaat. Und auch keines — dies am allerwenigsten — für einen allmächtigen europäischen Superstaat, in dem die Identität der kleinen Nationen und Volksgruppen keinen Platz mehr hätte.

Aber wir müssen verstehen: Wichtige Vorhaben der Außen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik können im nationalen Alleingang nicht mehr durchgesetzt werden. Sie werden mit Hilfe europäischer Zusammenarbeit durchgesetzt oder gar nicht mehr.

Wir brauchen deshalb mehr Europapolitik und nicht weniger. In Dänemark sollt« diese Einsicht die Antwort auf die Frage nach der nationalen Souveränität beeinflussen. Was ist nationale Souveränität im Zeitalter von Supermächten, deren Waffen die Welt beherrschen, und von Wirtschaft die keine Grenzen kennt? Es ist nicht die EG, die die nationale Souveränität Dänemarks in Frage stellt. Es sind multinationale Unternehmen, die die politische Handlungsfreiheit eines Landes beschränken, internationale Kapitalmärkte oder der Machtanspruch der Supermächte. Die EG ist vielmehr ein Beitrag zur Wiedergewinnung der politischen Gestaltungsfähigkeit der Europäer. Und damit auch ein Beitrag zur Wiedergewinnung der politischen Handlungsfreiheit der einzelnen europäischen Nationen. Es gibt Leute in Dänemark, die sich von einem Austritt aus der EG einen Wiedergewinn nationaler Souveränität versprechen. Diese Leute verschweigen, daß damit die internationale Handlungsfähigkeit Dänemarks abnehme, während seine internationale Abhängigkeit bliebe und zunähme.

In diesem Zusammenhang würden echte Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments ein Mehr an Demokratie und Volkssouveränität bedeuten. Viele in Dänemark meinen, ein nationales Parlament könne die demokratische Mitentscheidung und Kontrolle des Volkes bei einer übernationalen Gemeinschaft gewährleisten. Das ist eine Illusion. Das geht weder beim Folketing noch

im Bundestag. Die Staaten haben sich entschieden, Aufgaben an die Europäische Gemeinschaft zu übertragen, nicht alle wegen der Europäischen Union, aber alle, weil vieles gemeinsam besser geht.

Jedes nationale Parlament hat dabei verloren — Marktausschuß hin, Marktausschuß her. Mehr Europäische Gemeinschaft bedeutete bisher auch weniger Demokratie. Das könnte nur durch das Europäische Parlament ausgeglichen werden. Ihm werden aber nach wie vor die Rechte verweigert, die die nationalen Parlamente längst verloren haben bzw. noch verlieren werden. Dänemark hat dazu entscheidend beigetragen. Das geschah, paradox genug, im Namen der Demokratie in Dänemark und führte zu weniger Demokratie in der Europäischen Gemeinschaft. In der Bundesrepublik Deutschland sollte die Einsicht in die Notwendigkeit europäischen Handelns nicht einem falschen Verständnis deutsch-amerikanischer Freundschaft geopfert werden. Freunde und Bündnispartner sind keine Befehlsempfänger. Europa hat eigene Interessen, für die es mehr Kraft zur Selbstbehauptung braucht. Sie können mit denen der Führungsmacht im westlichen Bündnis identisch sein. Da, wo sie es nicht sind und nicht sein können, darf man nicht leisetreten. Jeder weiß zum Beispiel, daß die Selbstbehauptung Europas eine große gemeinsame technologische Anstrengung erfordert. Doch der gute Vorsatz EUREKA ist offenbar schon vergessen. Die abgeschlossenen deutsch-amerikanischen Geheimverträge zu SDI stehen im Widerspruch zur Technologiegemeinschaft der Europäer. Sie unterwerfen einen großen Teil der deutschen Technologieforschung künftig den Vorschriften und Interessen der USA. Er steht für eine gemeinsame europäische Anstrengung nicht mehr zur Verfügung. Damit darf dann ein Produkt, das in deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit entwickelt wurde, in Zukunft nicht mehr automatisch in Dänemark vertrieben und weiterentwickelt werden. Eher wohl dies: Auch die Deutschen müssen lernen, deutsche Interessen europäisch wahrzunehmen.

*Die gemeinsamen europapolitischen Interessen Deutschlands und Dänemarks*  
*Beispiel Nr. 1: Die Friedenspolitik*

Die Bundesrepublik Deutschland und Dänemark sollten sich gemeinsam für friedenspolitische Initiativen der EG einsetzen. Europäische Zusammenarbeit als Mittel der Friedenspolitik — vor akuten Wirtschaftssorgen scheint das heute fast vergessen zu sein. Um so bedeutsamer ist es, wenn sich jetzt die EG-Mitgliedsstaaten dazu durchgerungen haben, in Zukunft auch Fragen der gemeinsamen Sicherheitspolitik (nicht der Verteidigungspolitik im engeren Sinne)

miteinander abzustimmen. Für diesen Schritt, den die Mehrheit des Europäischen Parlaments begrüßt, war es höchste Zeit. Denn die Lage in Europa ist besonders bedrohlich. Hier stehen sich zwei weltanschauliche Systeme und militärische Machtblöcke gegenüber.

Hier ist so viel Kriegsmaterial konzentriert wie sonst nirgendwo auf der Erde. Das Übermachtstreben der Supermächte gefährdet den Frieden in Europa und riskiert den Krieg. Die Weltmächte neigen dazu, die Welt nach ihren Interessen aufzuteilen und ihnen die militärischen Ziele ihrer Bündnissysteme unterzuordnen. Darin liegt die Ursache des Wettrüstens. Die kleinen europäischen Bündnispartner müssen dagegen innerhalb ihrer Bündnissysteme ihre Interessen setzen und sich einer Militärpolitik widersetzen, die Mitteleuropa die strategische Rolle eines atomaren Gefechtsfeldes der Supermächte zuweist.

Das heißt für uns im Westen: Die europäischen NATO-Staaten müssen die besonderen europäischen Interessen stärker als bisher gegenüber den USA zur Geltung bringen. Sie müssen innerhalb und außerhalb der NATO, wie zum Beispiel im Rahmen der Europäisch-Politischen-Zusammenarbeit (EPZ) der EG-Staaten, den Versuch einer engeren friedenspolitischen Zusammenarbeit machen. Die besondere Lage Europas verpflichtet die europäischen Staaten dazu, auf das Miteinanderreden von Ost und West zu drängen. Es gibt für Europa keine Alternative zur Entspannungspolitik.

Friedenspolitische Initiativen der EG-Staaten sind deshalb überfällig. Sie könnten dazu beitragen, an die Anfänge europäischer Zusammenarbeit nach 1945 anzuknüpfen. Deutschland und Dänemark könnten dabei eine besondere Rolle spielen.

— Wer hat — außer den Deutschen und Franzosen — so schmerzliche Erfahrungen mit dem unfriedlichen Zusammenleben zweier Nachbarvölker gemacht wie die Deutschen und Dänen?

— Wer hat so erfolgreich erlebt, daß es unter dem Dach der europäischen Zusammenarbeit möglich war, die Aussöhnung zweier Nachbarvölker herbeizuführen?

— Wer könnte so gut dafür sorgen, daß die friedenspolitische Tradition Nordeuropas bei den anderen Europäern nicht in Vergessenheit gerät? Wir sind es vor allen anderen, die sich dem Erbe Olof Palmes als würdig zu erweisen haben.

— Wer könnte besser als wir hier im Norden dafür sorgen, daß Norwegen, so eng es geht, in die Europäische Politische Zusammenarbeit einbezogen wird?

— Wer könnte besser als wir, die Dänen und die Schleswig-Holsteiner, die Notwendigkeit des Brückenschlages zu den Neutralen verstehen, mit deren zwei hervorragenden Vertretern Schweden und Finnland wir uns nachbarschaftlich verbunden fühlen.



### *Beispiel Nr. 2: Die Sozial- und Umweltpolitik*

Die Schaffung des EG-Binnenmarktes bis 1992 bringt für die Bundesrepublik Deutschland und Dänemark besondere Probleme. Beide haben eine relativ gut entwickelte Sozial- und Umweltpolitik. Diese Errungenschaften geraten zunehmend unter Druck. Weltweit wird der Kampf um die Neuverteilung von Arbeit von den Staaten des pazifischen Dreiecks auch mit den Mitteln des sozial- und umweltpolitischen Dumpings geführt, aber auch in der EG versuchen einige Staaten, sich innerhalb des Gemeinsamen Marktes der EG Wettbewerbsvorteile untereinander zu verschaffen, indem sie sozial- und umweltpolitische Kosten sparen. Es wird immer schwerer, gesellschaftspolitische Ziele gegen diesen Druck internationaler Konkurrenz zu verteidigen. Offene Wirtschaftsgrenzen werden zum Einfallstor unsozialer Praktiken. Es liegt im deutschen wie im dänischen Interesse, darauf zu achten, daß das Projekt des Gemeinsamen EG-Binnenmarktes dieser Entwicklung entgegenwirkt statt sie zu verschärfen. Ein Ausscheiden aus dem Gemeinsamen Markt, von einigen in Dänemark empfohlen, wäre ein Irrweg. Auch die im Luxemburger Paket neugeschaffenen Möglichkeiten, mit nationalen Ausnahmeregelungen unliebsamer EG-Harmonisierung zu begegnen, ist nur eine Notlösung für Einzelfälle. Denn gerade der offene Außenhandel war eine wesentliche Voraussetzung für die relativ große sozialpolitische Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik und Dänemarks. Mit oder ohne EG, mit oder ohne Gemeinsamen Binnenmarkt:

Die Außenhandelsabhängigkeit blieb ebenso bestehen wie die internationalen Kapitalmärkte. Damit bliebe auch die Gefahr unlauteren grenzüberschreitenden Dumpings in der Sozial- und Umweltpolitik, und die Notwendigkeit, diese Gefahr gemeinschaftlich abzuwenden. Die Bundesrepublik Deutschland und Dänemark sind geradezu dazu verdammt, dies zu ihrem gemeinschaftlichen Beitrag zur Europapolitik bis 1992, dem angestrebten Jahr der Verwirklichung des Binnenmarktes, zu machen.

Der sozial- und umweltpolitische Standard in der Bundesrepublik Deutschland und in Dänemark kann nur in dem Maße gehalten werden, wie es gelingt, ihn zur verbindlichen Norm überall in der EG werden zu lassen.

Beide Länder brauchen den gemeinsamen Markt, um mit seinem Gewicht die Traditionen des europäischen Sozialstaates im internationalen Wettbewerb behaupten zu können.

Aber beide Länder brauchen einen Gemeinsamen Markt, der nicht als Alibi für weniger Umweltschutz, für weniger Sozialpolitik und für weniger Verbraucherschutz mißbraucht wird.

### *Beispiel Nr 3: Die Beziehungen EG – Nordeuropa*

Die Bundesrepublik Deutschland und Dänemark sollten einen aktiven Beitrag leisten, um die Beziehungen zwischen der EG und den Staaten Nordeuropas zu entwickeln.

Die Beziehungen der EG zu den Staaten Nordeuropas außerhalb der EG sind gut. Die Staaten Nordeuropas gehören zu den bedeutendsten Handelspartnern der EG. Es gibt konkrete und erfolgreiche Zusammenarbeit in der Forschungs-, Technologie-, Umwelt- und Fischereipolitik. Und es gibt wachsende Gemeinsamkeiten auf dem Feld der Außenpolitik. So sind beispielsweise die nordischen Staaten wie die der EG Unterzeichner der KSZE-Schlußakte.

Wir Schleswig-Holsteiner wissen sehr gut um die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen, die sich mit der Europäischen Gemeinschaft stürmisch entwickelt haben: Dänemark und darüber hinaus die anderen Staaten Skandinaviens sind heute die wichtigsten Handelspartner Schleswig-Holsteins. Wir haben das Interesse, die Europäische Gemeinschaft nach Norden hin offenzuhalten. Und das nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen: Die kulturellen und gesellschaftlichen Traditionen der Staaten Nordeuropas, denen auch Schleswig-Holstein viele Impulse verdankt, dürfen der Weiterentwicklung Europas nicht verlorengehen.

Dänemark ist das natürliche Bindeglied zwischen der EG einerseits und dem Nordischen Rat andererseits. Dänemark konnte Mitglied der EG sein und gleichzeitig aktiver Partner der nordischen Zusammenarbeit bleiben. Wenn die Beziehungen der EG zu den anderen Staaten Nordeuropas heute gut sind, dann ist das vor allem auch ein Erfolg Dänemarks.

Dieser Weg muß fortgesetzt werden. Das gilt z. B. für die Außenpolitik. Die unterschiedlichen außenpolitischen Grundentscheidungen der Staaten Nordeuropas müssen respektiert werden. Sie setzen Grenzen für eine engere institutionalisierte außenpolitische Kooperation der EG mit den Staaten Nordeuropas. Aber das heißt nicht, daß es keine außenpolitische Zusammenarbeit geben könnte und sollte. Es sollte intensive Kontakte mit den nordischen Staaten in Fragen von gemeinsamem außenpolitischem Interesse geben, z. B. bei internationalen Verhandlungen und in internationalen Institutionen. Friedenspolitische Initiativen sollten ebenso eng abgestimmt werden wie das Vorgehen bei der Zusammenarbeit zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd. Die Verbindung Norwegens mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit sollte so eng wie möglich gestaltet werden. Auch die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit sollte entwickelt werden. Hier muß insbesondere jeglicher Protektionismus abgewehrt werden. Die Anstrengungen der Gemeinschaft, der Wirtschaftskrise zu begegnen, dürfen nicht zu Lasten der traditionell guten Handelsbezie-

hungen zu den Staaten Nordeuropas gehen. Das Europäische Währungssystem muß für die Mitgliedschaft nordischer Staaten offen gehalten werden.

Nach der Süderweiterung der Gemeinschaft sollten Dänen und Deutsche für europapolitische Zeichen sorgen, daß die Gemeinschaft für die Zusammenarbeit nach Norden so offen ist, wie sie es nach Süden war und ist.

Nach der Auseinandersetzung um das Ergebnis der Luxemburger Regierungskonferenz zur Reform der EG besteht die Gelegenheit zur europapolitischen Neubesinnung — hüben und drüben.

Das Ja Dänemarks bei der Volksabstimmung bedeutet politisch mehr als ein Ja zum Paket. Es ist ein Ja zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft mit Dänemark.

Es kennzeichnet hoffentlich des Ende einer Phase in Dänemark, während der die EG-Debatte vor allem unter innenpolitischen und parteitaktischen Vorzeichen geführt worden ist.

Es ist hoffentlich der Beginn einer grundsätzlichen Diskussion über die Frage, welches Europa Dänemark aktiv beeinflussen will. Diese Frage ist nämlich mit dem Luxemburger Paket keineswegs beantwortet. In Wahrheit ist dieses Paket allenfalls ein Päckchen, eingewickelt in die leeren Versprechungen der Staats- und Regierungschefs und verschnürt mit den schriftlichen Fußnoten und Vorbehaltserklärungen ihrer Regierungen. Die notwendige Reform der Gemeinschaft hat erst begonnen. Auch für die deutsche Europapolitik hat jetzt die Stunde der Wahrheit geschlagen. Die halbherzige Europapolitik Bonns hat ihr wichtigstes Alibi verloren — die vorgeschobene Europafeindlichkeit Dänemarks. Die Frage, welches Europa die Bundesrepublik will, ist bis heute auch in Deutschland offen. Schleswig- Holstein muß ein Interesse daran haben, daß der neue Abschnitt der Europapolitik von enger deutsch-dänischer Zusammenarbeit geprägt ist. Das offizielle Bonn sollte dabei ruhig auch einmal auf die Erfahrungen der Nordlichter zurückgreifen: Im Zweifel versteht man bei uns im Norden mehr von Dänemark...

Von dem neuen Botschafter in Kopenhagen erhoffen wir viel Rückendeckung und wenig Stirnrunzeln. Dänemarks damaliger Ministerpräsident Anker Jørgensen sagte vor der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament in Lübeck: »1945 gab es in Europa Chaos und Trümmer. Ich hatte damals einen Traum von einer Welt, einen Traum von einer Art Weltregierung — mit Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern.

Aber träumen ist eines, die Wirklichkeit etwas anderes. Ich glaube nicht, daß die Völker Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa bereit sind. Und im

Europa der Wirklichkeit sind wir dem Vaterland, der Sprache, der Kultur und der Tradition unseres Volkes mehr verbunden. Für mich bedeutet die Europäische Gemeinschaft, daß wir als Dänen, als Deutsche, als Franzosen, als Niederländer usw. eine enge, eine verpflichtende Zusammenarbeit eingehen müssen«.

Genau darum geht es in der Europäischen Gemeinschaft. Um nicht mehr. Aber auch nicht um weniger. Die EG ist nicht Europa. Aber sie kann einen Beitrag zur politischen und ökonomischen Selbstbehauptung Europas leisten. Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland sollten ihr gemeinsam neue Impulse geben.

### 600 Jahre Schleswig-Holstein und 40 Jahre Bundesland

*Ministerpräsident Uwe Barschel: »Entwicklung zu einem Land mit Staatsqualität eine historische Konsequenz«*

Schleswig-Holstein hat im Verlauf der letzten vier Jahrzehnte seine Existenzberechtigung als eigenständiges deutsches Bundesland bewiesen. »Seine Entwicklung zu einem Land mit Staatsqualität ist eine historische Konsequenz« vor dem Hintergrund der 600jährigen Zusammengehörigkeit des Herzogtums Schleswig mit dem Herzogtum (anfangs Grafschaft) Holstein. Diese These vertrat Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel (CDU) während eines Festaktes, den die Landesregierung unter dem Motto »40 Jahre Land Schleswig-Holstein – über 600 Jahre verbunden« am Sonnabend in Rendsburg veranstaltete. Anlaß und Berechtigung, dieses runde Jubiläum zu markieren, sind zwei Ereignisse: 1946 erfolgte eine Verordnung vorläufigen Charakters der damaligen britischen Besatzungsmacht, in der bisherigen preußischen Provinz Schleswig-Holstein einen ersten ernannten Landtag einzusetzen. Die Umwandlung der Provinz in ein Land sei 1947 von den Besatzungsbehörden »als endgültig bestätigt« worden; und im Grundgesetz von 1949 sei »Schleswig-Holstein ausdrücklich in Artikel 23 als Bundesland aufgenommen«, so Barschel.

»Der starke Wille der Schleswiger und der Holsteiner, zusammengehören zu wollen, hat über Jahrhunderte ein Zusammengehörigkeitsbewußtsein geschaffen, das auch nach dem Zweiten Weltkrieg lebendig war«, betonte der Ministerpräsident, der zuvor auch an den Verlust Nordschleswigs 1920 erinnert hatte, der »bereits im Prager Frieden 1866 vorprogrammiert« gewesen sei. Barschel unterstrich, daß das Existenz- und Gestaltungsrecht der Schleswig-Holsteiner und der dänischen Minderheit »gesichert« sei und erinnerte in diesem Zusammenhang an frühere deutsch-dänische Streitigkeiten um Schleswig, das zeitweise »gar ein europäischer Zankapfel« gewesen sei.

Auf das zweite, weitaus ältere Ereignis des runden Jubiläums ging Landeshistoriker Prof. Dr. Erich Hoffmann, Kiel, ein: Am 15. August 1386 wurde Graf Gerhard VI. von Holstein von dem jungen dänischen König Olaf (für den seine Mutter Margrethe I. die Regierung führte) auf einem »Danehof«, einer Versammlung des dänischen Reichsadels, in Nyborg/Fünen mit dem Herzogtum Schleswig belehnt.

»Der Tag der Bekennung Gerhards VI. hat für unsere Landesgeschichte dadurch seine besondere Bedeutung«, sagte Hoffmann, »daß beide Lande hierdurch in staatsrechtlich voll legitimer Weise verbunden wurden und von da an bis heute vereint blieben, mit Ausnahme des nördlichen Schleswig, das sich nach dem

Willen der großen Mehrheit seiner Bewohner durch die Volksabstimmung 1920 an Dänemark anschloß.«

Im weiteren Verlauf seines Vortrags belegte Hoffmann viele weitere Gemeinsamkeiten und Verbundenheiten beider Herzogtümer insbesondere nach 1386 – dem Jahr, in dem »das Herzogtum Schleswig von der dänischen Krone rechtsgültig als Erblehen anerkannt wurde«.

*Der Nordschleswiger*

\*

## Deportation

### *Eine dänische Fernseh-Dokumentation über das KZ Ladelund*

Anders als in bundesdeutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten, besonders im »regionalisierten« NDR, ist das Interesse an Sendungen über die nationalsozialistische Gewaltherrschaft bei unseren Nachbarn im Norden und Westen nach wie vor groß. Dies gilt auch für die Geschichte der Außenstelle des KZ Neuengamme in Ladelund (Nordfriesland). Schon 1977 strahlte die niederländische Fernsehgesellschaft VARA eine Dokumentation über die Geschehnisse in Putten während der Jahre 1944/45 aus, die auch das KZ Ladelund berührte. Die Sendung führte zu einem lebhaften Echo in den Niederlanden, wobei durchaus auch kritische Stimmen laut wurden, und ist unterdessen mehrfach wiederholt worden. Am 3. Juli 1986 zeigte nun die »Provinzabteilung« von Danmarks Radio die Dokumentation »Deportation«. Wiederum waren vor allem die Geschehnisse in Putten und Ladelund das Thema. Und erneut waren die Reaktionen des Publikums offenbar so heftig, daß sich das Dänische Fernsehen nur eine Woche später zu einer Wiederholung der Sendung entschloß. Tatsächlich hat es die 40minütige Dokumentation in sich. Produziert wurde sie von der privaten Filmgesellschaft »Free Lance Film« in Åbenrå. Für Buch, Regie und Redaktion zeichnet Hans Kr. Høier verantwortlich. Auf eine Übersetzung der fremdsprachigen Originalaussagen wurde – wie üblicherweise im Dänischen Fernsehen – verzichtet. Insofern kommt der Zuschauer auch in den Genuß unverfälschter Äußerungen auf Niederländisch, Deutsch und Sønderjysk (auch letztere mit Untertiteln!).

Der Film beginnt mit einigen ruhigen Szenen vom dörflichen Alltag in Ladelund und wendet sich dann dem niederländischen Flecken Putten im Gelderland zu. Damit wird dem Betrachter nicht nur deutlich, wie sehr sich die Bilder vom Mittelrücken des schleswigschen Grenzlandes und des hügeligen Veluwe südlich des Isselmeeres gleichen, sondern er wird auch geschickt in die ländliche Atmosphäre der Hauptorte des Geschehens eingeführt. Die weitere Dokumentation folgt dem Ablauf der Ereignisse im Herbst und Winter 1944/45.

Und so kommen zunächst Augenzeugen aus Putten zu Wort.

Marten Janssen, Aaltje Bosch-Pieper, Gerrit Horseling und Gijsbert van Beek schildern die Ereignisse vom 1. und 2. Oktober 1944: Nachdem von der niederländischen Widerstandsbewegung auf der Straße nach Nijkerk ein Anschlag auf ein Wehrmachtfahrzeug verübt worden war, bei dem ein deutscher Offizier und auch ein niederländischer Freiheitskämpfer getötet wurden, umstellten Soldaten des »Hermann-Göring-Regiments« Putten und trieben die Männer des Ortes in der Schule und der Alten Kirche zusammen. Marten Janssen schildert die Angst, die die Menschen dabei bewegte – denn von der Auslöschung der französischen Gemeinde Oradour durch die Waffen-SS am 10.6.1944 hatte man auch in Putten gehört. Tatsächlich erging es dem niederländischen Flecken nicht viel besser: Auf Anordnung des Wehrmachtbefehlshabers in den Niederlanden, des Nordfriesen Friedrich Christiansen von der Insel Föhr, wurde die männliche Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 50 Jahren in deutsche Konzentrationslager deportiert und der Ort bis auf die Häuser »deutschfreundlicher Bewohner« niedergebrannt.

Die Männer aus Putten gelangten zunächst in das »Polizeiliche Durchgangslager« Amersfoort – und wie Gerrit Horseling erklärt, waren die Lebensbedingungen schon dort sehr schlecht. Doch nur zehn Tage später sollte es noch viel schlimmer kommen. Wiederum ist es Gerrit Horseling, der die »Begrüßungszeremonie« im KZ Neuengamme schildert, wo aus Menschen Nummern gemacht wurden.

Der dänische Sprecher erklärt die Funktion des nordwestdeutschen KZ-Hauptlagers Neuengamme bei Hamburg – die Kamera zeigt Bilder aus dem Dokumentenhaus und vom heutigen Zustand des Lagergeländes. Immer wieder werden Bahnstationen, rollende Züge und Schienenstränge eingeblendet. Sie symbolisieren die Deportation – den Weg von Putten nach Amersfoort, weiter nach Neuengamme, nach Husum und schließlich nach Ladelund. Das Bild verharrt bei der stillgelegten Bahnstation Achtrup. Der dänische Sprecher verschweigt nicht, daß bei den letzten freien Wahlen vor der nationalsozialistischen »Machtergreifung« mehr als 80 Prozent der Wähler in Ladelund und Umgebung für die NSDAP stimmten. Vom Ladelunder Kirchturm aus verfolgt die Kamera den acht Kilometer langen Weg, den die 2000 Häftlinge in den ersten Novembertagen des Jahres 1944 von Achtrup aus zurücklegten. Unter ihnen befand sich auch der größte Teil jener 589 Männer, die aus Putten in deutsche Konzentrationslager deportiert worden waren.

Aalt Arendse sitzt in seinem Lehnstuhl in Putten – und erinnert sich an Hand einer Übersichtsskizze seines verstorbenen, niederländischen Mithäftlings Dr. Bob Smit, die der Flensburger Historiker Dr. Jörn-Peter Leppien 1984 erstmals veröffentlichte, an den Aufbau des Ladelunder Konzentrationslagers. Der Zuschauer merkt es Aalt Arendse an, daß ihn die Geschehnisse bis heute nicht

losgelassen haben und immer noch quälen. Agathe Friedrichsen, die der dänischen Minderheit angehört, schildert auf Sønderjysk den Elendszug der Häftlinge durch das Dorf Ladelund. Sie war auch Augenzeugin, als ein Häftling sich nach seiner Kopfbedeckung bückte, die der Wind fortgerissen hatte, und dabei von einem SS-Mann so ins Gesicht getreten wurde, daß ihm das Blut aus Mund und Nase schoß. Die Kamera zeigt Bilder von der Hauptstraße in Ladelund, Herbstszenen von der schleswigschen Geest.

»Der Tod ist ein Meister aus Deutschland«, schrieb Paul Celan. Aber das Sterben in Ladelund dauerte lange, es war eine Marter. Die Häftlinge mußten Panzergräben entlang der Grenze ausheben, die schwere Erdarbeit wurde unter Schlägen bis zur völligen Erschöpfung der Häftlinge vorangetrieben, die Verpflegung bestand aus einer dünnen Kohlsuppe und in dem einst für 250 Männer des Reichsarbeitsdienstes errichteten Lager hausten 2000 Menschen, so daß Seuchen grassierten. Das Endprodukt dieses Verbrechens war der Muselman. Hunderte von Muselmännern wurden todkrank aus Ladelund nach Neuengamme zurückgeschickt, 300 blieben auf dem Friedhof des kleinen Dorfes zurück. Als das KZ Ladelund nach sechs Wochen aufgelöst wurde, hatten nur einige Hundert von ursprünglich 2000 Häftlingen überlebt.

»Unser Dorf war in den Wochen krank«, schrieb Pastor Johannes Meyer in der Ladelunder Kirchenchronik. Und durch ein Archivtonband des dänischen Rundfunks aus dem Jahre 1962 kommt auch der verstorbene Pastor in der Dokumentation selbst noch einmal ausführlich zu Wort, indem er aus seiner Chronik zitiert. Johannes Meyer war es auch, der bald nach dem Krieg sämtliche Angehörigen der auf dem Ladelunder Friedhof beerdigten Opfer benachrichtigte, erste Besuchergruppen in Ladelund betreute und dadurch den Grundstein für eine »Versöhnung über den Gräbern« legte.

Sein Nachfolger, Pastor Harald Richter, schildert, welche Schwierigkeiten sich später in der Zeit des »kalten Krieges« bei der Fortsetzung der Versöhnungsarbeit ergaben, als man sich in Deutschland an die jüngste Vergangenheit nicht mehr erinnern wollte: »Es fühlten sich auch einige Menschen bestätigt: ‚Der Antikommunismus hat Recht behalten, wir haben uns gegen den Bolschewismus verteidigt!‘ Da ist der stärkste Einschnitt gewesen, der Schwierigkeiten bereitet hat, wirklich auch zu einem echten Verhältnis zur eigenen Geschichte und dadurch zur Geschichte mit den anderen zu kommen.« Dennoch gelang die Versöhnung zwischen Putten und Ladelund. Pastor Richter erklärt: »Sie sind auf uns zugekommen und haben uns die Hand geben können, weil wir uns nicht zu rechtfertigen versuchten.« Und Aaltje Bosch-Pieper in Putten bestätigt: »Wir können heute ein ehrliches Gespräch miteinander führen, nichts wird unter den Teppich gekehrt.« Das dänische Fernseheteam zeigt Szenen von einer Kranzniederlegung in Ladelund. Der Posaunenchor intoniert einen Choral, und die



Ladelunder Bürger begleiten die Gäste aus den Niederlanden zu den Gräbern. 107 der Männer aus Putten liegen auf dem Friedhof in Ladelund. Von den insgesamt 589 Menschen, die am 2. Oktober 1944 aus Putten deportiert wurden, kehrten nur 49 zurück. Fünf von ihnen starben unmittelbar darauf an den Haftfolgen. Gijsbert van Beek wog im Mai 1945 noch 40 Kilogramm. Wie alle Davongekommenen quält ihn die Frage, warum gerade er überlebte.

Die Schlußszene zeigt Aaltje Bosch-Pieper in Putten. Sie blättert in dem Gedenkbuch, das die Gemeinde Putten im Jahre 1948 den Opfern der Deportation gewidmet hat. Darin sind auch die Porträts der Männer aus Putten enthalten, die in Deutschland ums Leben kamen, und deren Gesichter die Kamera zeigt. Aaltje Bosch-Pieper hat ihren Mann, vier Brüder und zwei Schwager in deutschen Konzentrationslagern verloren.

Es ist eine erschütternde Dokumentation, die Danmarks Radio mit der Ausstrahlung im Juli 1986 einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Dabei ahnt der unbefangene Zuschauer wohl kaum, welch intensive Arbeit hinter dieser Produktion »Free Lance Film« in Åbenrå steckt. Insbesondere das Engagement des Regisseurs und Redakteurs Hans Kr. Høier muß sehr gelobt werden. Doch auch auf die hervorragende Leistung der beiden Kameraleute, ihr Einfühlungsvermögen in das Sujet und die vortrefflichen Aufnahmen von den Drehorten in Ladelund, Putten und Neuengamme sei besonders hingewiesen. Dabei darf ebenfalls die ausgezeichnete Schnitt-Technik nicht vergessen werden, die auf langatmige Szenen ebenso verzichtet hat wie auf allzu hektische Bildwechsel. Endlich entsprechen auch die dänischen Texte und Untertitel der gewohnten Qualität von Danmarks Radio. Und insgesamt ist damit eine handwerklich mustergültige Fernseh-Dokumentation entstanden.

Hans Kr. Høier ist es überdies gelungen, die komplizierte, zeitgeschichtliche Materie – bis auf zwei Ausnahmen, auf die noch einzugehen sein wird – wirklich zu durchdringen und im besten Sinne des Wortes »fernsehgerecht« aufzuarbeiten. Er hat Zeitzeugen ausfindig gemacht und erstmals zum Sprechen gebracht, deren Aussagen von außerordentlichem, zeitgeschichtlichen Wert sind. Dies gilt insbesondere für die Überlebenden und Angehörigen der Opfer in Putten, ohne deren Mitwirkung die Realisation dieser Dokumentation wohl nicht möglich gewesen wäre. Und Hans Kr. Høier hat es auch vermieden, die Zeit nach 1945 in seiner Dokumentation allzu sehr überzubewerten, wie das gelegentlich in Ladelund geschieht (vgl. nur den Beitrag von Ulrich Jeß im »Jahrbuch für die Schleswigsche Geest« 1986, S. 56-74, wo nur auf sechs Seiten auf die Geschehnisse des Jahres 1944 in Putten und Ladelund eingegangen wird, während zwölf Seiten der Geschichte nach 1945 gewidmet sind).

Kleinere Ungenauigkeiten – wie die Angabe von 600 Deportierten, während es tatsächlich »nur« 589 waren – spielen im Unterton einer Fernsehsendung wohl

eine geringere Rolle als im gedruckten Text. Und auch die Einblendung von Szenen aus dem KZ-Außenkommando Wöbbelin bei Ludwigslust und dem Kriegsgefangenenlager Sandborstel östlich Bremerhavens, wo im April und Mai 1945 zahlreiche Todesmärsche von KZ-Außenkommandos in Norddeutschland endeten, scheint insofern gerechtfertigt, als entsprechendes dokumentarisches Material aus Ladelund nicht vorliegt. Problematischer ist allerdings die Verwendung von Fotografien, die einen Appell im KZ Dachau aus dem Jahre 1933 zeigen – denn so wohlgenährte Häftlinge hat es im Herbst 1944 in deutschen Konzentrationslagern nicht mehr gegeben.

Mit den historischen Tatsachen völlig unvereinbar bleibt aber die Aussage der Tochter Pastor Meyers, Elisabeth Lorenzen. Sie berichtet davon, daß ihr Vater bei der Bestattung von Häftlingen auf dem Ladelunder Friedhof 1944 »Gegenforderungen« an die SS gestellt habe und »nach langen Verhandlungen durchsetzte«, daß die Namen und Personalien der Toten mitgeteilt wurden. Für die Tochter Pastor Meyers mag sich dieser Vorgang subjektiv so dargestellt haben – tatsächlich aber teilte die Lagerleitung ganz freiwillig auch dem Standesamt in Ladelund die Namen und Personalien der Toten mit. Und entsprechendes geschah gegenüber dem Amt Schwesing und der Husumer Kirchengemeinde – obwohl beide nordfriesischen Konzentrationslager demselben Kommandanten unterstanden und in Husum kein Pastor »Gegenforderungen« stellte.

Unzutreffend ist auch die Behauptung des dänischen Sprechers, Pastor Johannes Meyer habe die Ausführungen über das KZ in der Ladelunder Kirchenchronik »Sylvester 1944« niedergeschrieben. Nach dem Erscheinen der quellenkritischen Studie des Flensburger Historikers Dr. Jörn-Peter Leppien (»Das waren keine Menschen mehr...‘ Aus der Chronik der Kirchengemeinde – Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund 1944«, Sonderdruck aus Grenzfriedenshefte Nr. 3/1983, Flensburg 1983) sind derartige Aussagen nicht mehr haltbar. Jörn-Peter Leppien ist auf Grund einer differenzierten und wohlabgewogenen Darstellung zu dem plausibel begründeten Schluß gelangt, »daß Pastor Meyers Schilderung mit großer Sicherheit nicht Sylvester 1944, sondern später aufgezeichnet wurde.«

Es bleibt daher absolut unverständlich, wieso Hans Kr. Høier, »Free Lance Film« und die verantwortlichen Redakteure von Danmarks Radio alte Mythen und Legenden um Pastor Johannes Meyer, dessen hervorragendes Wirken nach dem 8.5.1945 von niemandem bezweifelt wird, in neuer Form kolportieren. Der dänische Journalist und Historiker Anders Ture Lindstrøm hat in einer vortrefflichen Rezension in »Flensborg Avis« vom 31.12.1983 (»KZ-lejren i Ladelund 1944. Et nyt opgør med mytedannelser«) bereits festgestellt, daß »Ladelunds Geschichte dadurch nicht herabgesetzt wird, daß man sie von Mythen und Legenden befreit« (»Ladelunds historie blive ikke ringere af, at myter og

legender skrælles væk«). Die dänischen Filmemacher haben aber hinsichtlich der Person Pastor Meyers das genaue Gegenteil getan. Es sei ihnen daher dringend anempfohlen, die fragwürdigen Passagen zu revidieren. Angesichts der in Frage stehenden historischen Redlichkeit dürften Hans Kr. Høier diese geringfügigen Eingriffe in seinen sonst so wohl gelungenen Film nicht schwerfallen.

Dann könnte man auch den Programm gewaltigen des NDR sowie anderen deutschen und niederländischen Fernsehanstalten den Ankauf dieser dänischen Dokumentation nur empfehlen. Wenn deutsche Filmemacher und Fernsehjournalisten bislang nicht dazu in der Lage sind, entsprechende Filme in Schleswig-Holstein zu produzieren, warum sollte man dann nicht auf die hohen Leistungen unserer Nachbarn nördlich der Grenze zurückgreifen? Auch der schleswig-holsteinische Kultusminister sei nachdrücklich auf diese Dokumentation hingewiesen. Hier liegt ein hervorragendes und breit einsetzbares Lehrmittel bereit, das allerdings den Besuch in einem künftigen Dokumentenhaus Ladelund nicht wird ersetzen können.

*Klaus Bästlein*

\*

Vertragsänderung sichert Fortbestand der Heimvolkshochschule Leck

*Die Neufassung einiger Punkte des von 1954 stammenden Vertrags über den Betrieb der Heimvolkshochschule (HVHS) in Leck/Nordfriesland sichert den Fortbestand dieser 65 Jahre alten Bildungseinrichtung.*

Der Deutsche Grenzverein e. V. als Hauptträger der Heimvolkshochschule werde weiterhin »mit aller Kraft« dafür Sorge tragen, daß eine deutsche Heimvolkshochschule in Leck ihren Standort haben wird, versicherte Grenzvereinsvorsitzender Minister a.D. Dr. Hartwig Schlegelberger bei der Unterzeichnung der Vertragsneufassung. Die Unterschriften leisteten auch Landrat Dr. Klaus Petersen für den Kreis Nordfriesland, Dr. Brar Johannsen als Vorsitzender der Volkshochschulgemeinschaft e.V. und der Generalsekretär des Grenzvereins Dr. Armin Schütz. Bei der kleinen Feierstunde in den Räumen der Heimvolkshochschule waren Mitglieder des Kuratoriums der Schule, des Vorstandes der Volkshochschulgemeinschaft sowie des Vorstandes der Grenzvereins anwesend.

Kernstück des nunmehr heutigen Anforderungen und Bedürfnissen angepaßten Vertrags ist die Verpflichtung des Kreises Nordfriesland, die in seinem Eigentum befindlichen Gebäude der Heimvolkshochschule baulich zu unterhalten. Bei der Vertragsunterzeichnung wurde von allen Trägern die bisherige hervorragende Zusammenarbeit betont und unterstreichen, daß diejenigen Abkommen wohl die besten seien, die nach Vertragsabschluß nicht mehr angeschaut werden müßten.

## Im Jahr 2000 weniger Einwohner im Landesteil Schleswig

*– Institut für Regionale Forschung und Information erstellte regionale Bevölkerungsprognose –*

In den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und in der Stadt Flensburg wird die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2000 deutlich zurückgehen. Dies ist das erste Zwischenergebnis einer Untersuchung des Instituts für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein (Flensburg) über die Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges auf den Landesteil Schleswig. Das Institut weist darauf hin, daß mit einem Rückgang der Einwohnerzahl von 431 252 (amtliche Zahl Ende 1984) auf rund 395 000 zu rechnen ist, wobei in dieser Vorausschätzung mögliche Abwanderungen aus der Region noch nicht berücksichtigt wurden.

Das Institut will mit seiner Untersuchung eine Lücke füllen: Zwar gibt es Prognosen über den Bevölkerungsrückgang auf Bundes- und Landesebene, nicht aber über den regionalen Bereich des Landesteils Schleswig. Zu diesem Zweck hat das Institut die im vergangenen Jahr für ganz Schleswig-Holstein erstellte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes für den nördlichen Landesteil regionalisiert.

Weil gesicherte Daten über die tatsächliche Bevölkerungsgröße der amtlichen Statistik heute nicht zu entnehmen sind, mußte zunächst die Ausgangszahl der Bevölkerung korrigiert werden. Die letzte Volkszählung liegt bereits 16 Jahre zurück, so daß sich seither viele Fehler in die Fortschreibung der Einwohnerzahl eingeschlichen haben. In Anlehnung an das Verfahren des Statistischen Landesamtes ergibt sich für den Landesteil Schleswig eine berichtigte Einwohnerzahl von 413 555 Einwohnern am 1.1.1985. Wird diese Zahl als die tatsächliche Bevölkerungszahl zugrundegelegt, so ergeben die Hochrechnungen des Instituts, daß bis zum Jahr 2000 allein aufgrund des Alterns der heutigen geburtenschwächeren Jahrgänge die Einwohnerzahl um 4,4% zurückgeht. Dies entspricht mehr als der Einwohnerzahl von Kappeln und Tarp zusammen. Ferner weist das Institut darauf hin, daß sich auch die Alterszusammensetzung der Bevölkerung gravierend verändert. So wird der stärkste Bevölkerungsrückgang in den für das Bildungs- und Ausbildungswesen relevanten Altersgruppen zu registrieren sein. Die Zahl der 15- bis unter 20jährigen wird sich bis 2000 fast halbieren. Die Bevölkerungszahl geht zwar insgesamt zurück, andererseits ist mit einem weiteren zahlenmäßigen Anstieg der Erwerbspersonen zu rechnen. Welche Probleme sich aus der aufgezeigten Entwicklung für den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft – insbesondere den Einzelhandel – und die Auslastung der öffentlichen

Infrastruktur im Landesteil Schleswig ergeben, wird das Institut nun näher untersuchen.

*Institut für Regionale Forschung und Information, Flensburg*

\*

### Mehr Schulanfänger an dänischen Schulen

Gegenüber den Vorjahren ist die Zahl der Schulanfänger an den 54 Schulen der dänischen Volksgruppe im Landesteil leicht angestiegen. Wie der Dänische Schulverein Flensburg als Träger der Schulen bekanntgab, wurden bei Beginn des Schuljahres 1986/87 insgesamt 517 Kinder im gesamten Landesteil eingeschult. Im letzten Jahr lag diese Zahl bei 474. Seit 1980 war sie fast unverändert geblieben.

Nach wie vor werden jedoch mehr Schüler von den dänischen Schulen entlassen als neu eingeschult. Dadurch ist die Gesamtzahl der Schüler gegenüber dem Vorjahr von 5409 auf 5305 gesunken.

In der Stadt Flensburg liegt die Zahl der dänischen Schüler jetzt bei 2388 (2453). Davon besuchen über 1000 weiterführende Schulen. Im Kreis Schleswig-Flensburg gibt es 1458 (1460) dänische Schüler, im Kreis Nordfriesland besuchen 978 (1007) Kinder dänische Schulen, und im Kreis Rendsburg/Eckernförde gibt es 481 (489).

*Südschleswigscher Pressedienst*

### »Kulturpolitischer Landgewinn« für deutsche Nordschleswiger

#### *Staatlicher Büchereizuschuß wird stufenweise vervierfacht*

Die seit rund 20 Jahren als problematisch gesehene Regelung des dänischen Staatszuschusses für das Büchereiwesen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ist »vom Tisch«. Das teilte der Leiter des Kopenhagener Sekretariats der Minderheit, Siegfried Matlok, gestern mit und meinte, mit der nun vorgesehenen Lösung der Zuschußfrage erfolge für die Volksgruppe eine »kulturpolitische Landgewinnung«.

Nach Angaben des Sekretariatsleiters hat er in monatelangen, zuletzt mit dem neuen dänischen Kulturminister Hans Peter Clausen geführten Verhandlungen eine Stufenlösung vereinbart. Danach wird der Staatszuschuß für die Büchereizentrale in Apenrade, der gegenwärtig 500000 Dänenkronen (umgerechnet rund 135 000 Mark) jährlich beträgt, 1987 auf eine Million Kronen (270 000 Mark), 1988 auf 1,5 Millionen Kronen (405 000 Mark) und 1989 auf zwei Millionen Kronen (540 000 Mark) erhöht. Der gesamte Haushalt für das

Büchereiwesen liege zur Zeit bei über fünf Millionen Kronen (rund 1,3 Millionen Mark).

Der dänische Kulturminister habe diese Lösung eine »angemessene kulturelle Gleichstellung« genannt, sagte Matlok. Nach seiner Meinung ist bei der Regelung politisch entscheidend, daß es für die Vorschläge der von einem Minderheitskabinett getragenen Regierung eine breite Mehrheit im Folketing geben wird. Auch bei einem Regierungswechsel dürfte die neue Zuschußlösung Bestand haben. Ende des Jahres werde die erste Zuschußerhöhung in den Änderungsvorschlägen des dänischen Etats in die parlamentarischen Beratungen einfließen. Matlok hob besonders hervor, daß die schleswig-holsteinische Unterstützung in Kopenhagen auch geholfen habe und die Entscheidung der dänischen Regierung »das minderheitspolitische Klima insgesamt noch weiter verbessern wird«.

*Flensburger Tageblatt*